

Nordrhein-Westfalen Landtag intern 2



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 21. Jahrgang, 10. Wahlperiode, 23. 1. 1990

WORT UND WIDERWORT

Wie lassen sich schnell und wirksam Engpässe bei Mietwohnungen beseitigen?

Weil der Bau neuer Wohnungen Zeit beanspruche und immer noch viel zu wenige Neubauwohnungen im Bau und in der Planung seien, müßten so weit wie möglich die Reserven im Wohnungsbestand genutzt werden. Der Ausbau von Dachgeschossen, die Nutzung leerstehender Einliegerwohnungen, Umzugshilfen in kleinere Wohnungen seien häufig erhobene Forderungen. Es dürften damit aber nicht unrealistische Erwartungen geweckt werden. Nur eine deutliche Ankurbelung des Baus sozialer und freifinanzierter Mietwohnungen könne die bestehende Wohnungsnot beseitigen. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Volkmar Schultz**. Der CDU-Abgeordnete **Hubert Doppmeier** vertritt die Ansicht, die Mittel für den Mietwohnungs- und Eigenheimbau müßten spürbar erhöht und der dritte Förderungsweg in NRW eingeführt werden. Für den Dachgeschoßausbau sei die Landesbauordnung zu ändern. Wohnungsbauförderungsmittel seien in die Städte zu geben. Das Landesplanungsrecht müsse noch in dieser Legislaturperiode geändert werden, damit die Kommunen schneller Bauland zur Verfügung stellen könnten. Der F.D.P.-Abgeordnete **Hans-Joachim Kuhl** betont, Engpässe könnten beseitigt werden, wenn die Genehmigung von Bauanträgen und Bebauungsplänen sowie die Bewilligung von Fördermitteln endlich schneller erfolge. Die Wohnungsbauförderung sollte darüber hinaus auch außerhalb von Siedlungsschwerpunkten zugelassen werden. Eine weitere Chance könne darin liegen, eine Bestandsaufnahme der ungenutzten öffentlichen Gebäude durchzuführen. (Seite 2)

Nach 2. Lesung des CDU-Entwurfs steht fest:

Land zahlt kein eigenes Erziehungsgeld

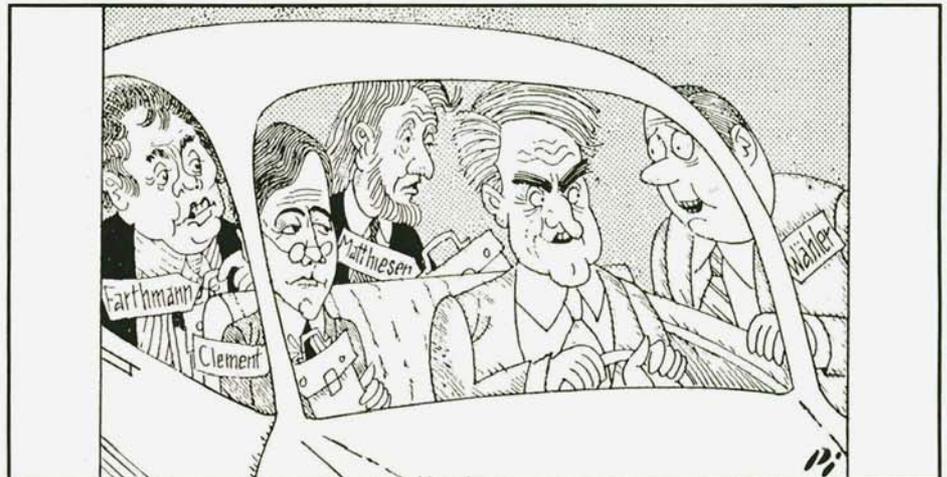
In zweiter Lesung hat der Landtag am 18. Januar die Zahlung eines eigenen Landeserziehungsgeldes abgelehnt. Ein entsprechender Gesetzentwurf der CDU-Fraktion (Drs. 10/4604) fand keine Mehrheit.

Der CDU-Entwurf sah vor, ergänzend zum Bundeserziehungsgeld und zum Erziehungsurlaub monatlich 600 Mark Landeserziehungsgeld zu zahlen, damit sich ein Elternteil 24 Monate lang voll oder überwiegend der Erziehung und Betreuung eines Kindes widmen kann.

Anne Garbe (SPD) begründete die ablehnende Haltung ihrer Fraktion mit dem Hinweis, für den Familienlastenausgleich habe allein der Bund die Zuständigkeit. Otti Hüls (CDU) verwies auf das Beispiel anderer Bundesländer, die bereits diese freiwillige Leistung erbringen und nannte als Ziel, Wahlfreiheit zu ermöglichen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.

Für die F.D.P. nannte Andreas Reichel den Vorschlag, familienpolitisch durchaus wünschenswert, angesichts der Haushaltslage des Landes sei er aber nicht vertretbar.

Familienminister Hermann Heinemann (SPD) lehnte für das Land die Rolle eines „Reparaturbetriebs für Versäumnisse der Bundesregierung“ ab und verwies auf die ungeklärte Finanzierungsfrage.



„Noch gebe ich den Führerschein nicht ab!“

Zeichnung: Klaus Pielert (WAZ)

Die Woche im Landtag

Mikat-Kommission

Die drei Fraktionen haben die Empfehlungen der Mikat-Kommission im Plenum umfassend gewürdigt. (Seite 6)

Bildungszeiten

Vorschläge der Konferenz der Wirtschaftsminister zur Verkürzung der Bildungszeiten bildeten den Hintergrund einer Aktuellen Stunde. (Seite 7)

Müllprobleme

Umweltminister Klaus Matthiesen hat die zuständigen Stellen angewiesen, keine Exportgenehmigungen mehr für Müll in die DDR zu erteilen. (Seite 8)

Kulturstiftung

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hat vor dem Kulturausschuß über die neue Kulturstiftung des Landes berichtet. (Seite 11)

Fahndung

Die Fahndung nach dem entwichenen Strafgefangenen Rösner war eines der Themen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. (Seite 12)

Rechtsextremismus

Die Landeszentrale für politische Bildung hat die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zum Arbeitsschwerpunkt für 1990 gemacht. (Seite 12)

WORT UND WIDERWORT

Für ausgeglichenen Wohnungsmarkt langfristig Sorge tragen

Von
Volkmar Schultz

Viele Menschen fragen sich, wie es jetzt wieder zu der bedrückenden Wohnungsnot kommen konnte. Wohnungsnot bedeutet für viele hunderttausend Menschen in der Bundesrepublik, daß sie überhaupt keine Wohnung finden. Wohnungsnot bedeutet aber auch, daß viele Menschen Angst haben, aus ihren Wohnungen verdrängt zu werden oder übermäßig hohe Mieten zahlen zu müssen.

Die jetzige Lage auf dem Wohnungsmarkt ist zu einem guten Teil Ergebnis der Bundespolitik. Seit der „Wende“ 1982 hat die Bundesregierung aus CDU/CSU und F.D.P. den Mietwohnungsbau vernachlässigt. Möglichst weitgehend sollte auch für den Wohnungsmarkt das freie Spiel der Kräfte von Angebot und Nachfrage greifen. 1982 wurden noch für 148 000 Mietwohnungen im Bundesgebiet Baugenehmigungen erteilt, 1987 waren es gerade noch 51 000! Es ist eine Binsenweisheit der Wohnungspolitik: Für einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt muß langfristig Sorge getragen werden; der Bau von Wohnungen läßt sich nicht wie bei Gütern des täglichen Bedarfs kurzfristig steigern.

Nordrhein-Westfalen bemüht sich nach

Von
Hubert Doppmeier

Ministerpräsident Rau, der frühere Finanzminister Posser und Städtebauminister Zöpel sind für die Misere auf dem Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen hauptverantwortlich. Diese SPD-Politiker verhinderten in den letzten Jahren die erforderliche Wohnungsneubauförderung. Vor allem Rau und Posser waren der Meinung, daß genügend Wohnungen vorhanden und deshalb in der Zukunft die Schaffung neuen Wohnraums überflüssig sei. Wenn die Landesregierung und die SPD-Mehrheitsfraktion im Landtag es wollen, können in diesem Jahr sehr schnell bis zu 100 000 Wohnungen geschaffen werden. Wir haben wiederholt unsere Vorschläge gemacht. Sie lauten:

- 1.) Die Mittel für den Mietwohnungsbau und den Eigenheimbau müssen spürbar erhöht werden.
- 2.) Der dritte Förderweg muß sofort in Nordrhein-Westfalen eingeführt werden.
- 3.) Der forcierte Dachgeschoßausbau muß ermöglicht werden. Dazu ist die Änderung der Landesbauordnung notwendig. Insbesondere muß in der Landesbauordnung die Pflicht hinsichtlich der PKW-Einstellplätze geändert oder befristet ausgesetzt werden.
- 4.) Wohnungsbauförderungsstellen müssen in die Städte gegeben werden, wo sie unverzüglich in Baumaßnahmen umgesetzt werden können.

Von
Hans-Joachim Kuhl

Innerhalb einer sehr kurzen Zeit hat sich die Einschätzung der wohnungswirtschaftlichen Situation in Nordrhein-Westfalen deutlich gewandelt. In den vergangenen Jahren sprach man davon, daß Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt in etwa sich entsprachen. Die leerstehenden Mietwohnungen galten als Zeichen einer Marktsättigung. Heute bestimmt eindeutig die Nachfrage nach Wohnungen den Markt. Viele Familien haben mit steigendem Einkommen größere Wohnungen genommen, so daß die Durchschnittswohnung inzwischen 35 qm pro Person umfaßt. Hinzu kommt der Trend junger und älterer Menschen zu kleinen Wohnungen. Darüber hinaus hat auch der sprunghafte Anstieg der Aussiedler und Übersiedler zur dramatischen Anspitzung der Nachfrage nach Wohnungen beigetragen.

Allerdings können die Engpässe beseitigt werden, wenn die Genehmigung von Bauanträgen und die Genehmigung von Bebauungsplänen sowie die Bewilligung von Fördermitteln schneller erfolgt. Hier muß die Bürokratie auf Trab gebracht werden. Die Wohnungsbauförderung sollte darüber hinaus auch außerhalb von Siedlungs-

SPD: Die Reserven nutzen und den Neubau ankurbeln

Kräften, die Lage auf dem Wohnungsmarkt für die Mieter zu verbessern. 1989 wurden bei uns in Nordrhein-Westfalen insgesamt 24 500 Mietwohnungen, Eigenheime und Wohnheimplätze öffentlich gefördert. Überschriften aus der jüngsten Zeit, „Im Wohnungsbau hat NRW die Nase vorn“, bestätigen den Einsatz des Landes. Für 1990 wurde wiederum ein Programm von 25 000 Wohnungen, davon mindestens 12 000 Mietwohnungen, aufgestellt. Von den erforderlichen Mitteln in Höhe von 2,5 Milliarden DM trägt das Land rund zwei Milliarden, der Bundesanteil beträgt nur 475 Millionen DM. Nach Ansicht aller Bundesländer muß der Bund deutlich mehr für den Wohnungsbau tun.

Weil der Bau neuer Wohnungen Zeit beansprucht und immer noch viel zu wenige Neubauwohnungen im Bau und in der Planung sind, müssen so weit wie möglich die Reserven im Wohnungsbestand genutzt werden. Der Ausbau von Dachgeschossen, die Nutzung leerstehender Einliegerwohnungen, Umzugshilfen in kleinere Wohnungen sind häufig erhobene Forderungen. Solche Bemühungen sind hilfreich. Es dürfen aber nicht völlig unrealistische Erwartungen über die damit verbundenen Wohnraumreserven geweckt werden. Nur eine deutliche Ankurbelung des Wohnungsneubaus — des Baus sozialer und freifinanzierter Mietwohnungen — kann die bestehende Wohnungsnot beseitigen.

CDU: SPD für Wohnungsmarkt-Misere in NRW verantwortlich

- 5.) Die Landesregierung muß das in der Beratung befindliche Wohnungsbauerleichterungsgesetz des Bundes unterstützen und dafür sorgen, daß die in diesem Gesetz eröffneten Möglichkeiten auch in Nordrhein-Westfalen voll ausgeschöpft werden. Dazu gehört insbesondere auch die Schaffung von Wohnraum in bestehenden Gebäuden, wie z. B. leerstehenden Bauernhöfen.
- 6.) Das Landesplanungsrecht muß noch in dieser Legislaturperiode geändert werden, damit die Kommunen schneller Bauland für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen können.
- 7.) Die Landesregierung darf nicht länger über die Wohnungsbauförderung in die kommunale Bauleitplanung hineinregieren. In den vergangenen Jahren wurde so seitens der Landesregierung vom grünen Tisch in Düsseldorf Wohnungsbau verhindert.
- 8.) Die Landesregierung muß allen, die für den Bau ihres Eigenheimes auf öffentliche Mittel angewiesen sind, eine Mittelzusage erteilen, wenn sie unverzüglich mit dem Bau beginnen. Jede Eigenheimwohnung entlastet den Mietwohnungsmarkt.
- 9.) Die Baukapazitäten müssen voll dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Deshalb muß die öffentliche Hand neue Hochbauvorhaben zurückstellen.
- 10.) Die Wohnungsförderungsbedingungen müssen unverzüglich geändert werden, damit in Zukunft mehr Wohnungen mit den verfügbaren Mitteln gefördert werden können.

F.D.P.: Bürokratie muß auf Trab gebracht werden

schwerpunkten zugelassen werden. Eine weitere Chance, schnell und unbürokratisch zusätzlichen Mietwohnraum zu erhalten, kann darin liegen, eine Bestandserhebung der ungenutzten öffentlichen Gebäude durchzuführen, um diese dann kurzfristig zu Wohnzwecken umzurüsten. Auch der Dachgeschoßausbau darf nicht nur in Sonntagsreden gefordert werden. Es müssen endlich durch entsprechende Ausnahmegenehmigungen Stellplätze und Geschosflächenzahl der Dachgeschoßausbau auch tatsächlich ermöglicht werden. Darüber hinaus gibt es erhebliche, bislang nicht zu Wohnzwecken genutzte Raumreserven, in Industrie-, Gewerbe- und landwirtschaftlichen Gebieten, die als Wohnraum nutzbar gemacht werden können. Ver- und Entsorgung muß selbstverständlich gesichert sein. Der weitaus größte Bereich, auch im Mietwohnungsbau, läßt sich allerdings nur durch zusätzlich privates Kapital für Neubauvorhaben realisieren. Hier sollte die Landesregierung nach Auffassung der F.D.P. zu den bereits jetzt von der Bundesregierung gewährten Hilfen zusätzliche Anreize durch Belegungsverträge, Vermietungsprämien oder Mietgarantien schaffen, denn Investitionen müssen sich auch für die Bauherren von Mietwohnungen zumindest in dem Umfang lohnen, daß sie ihr eingesetztes privates Kapital adäquat verzinsen können.

Die Fraktionen waren sich bei einer umweltpolitischen Debatte einig, daß mit dem Treibhauseffekt möglicherweise für die Erde eine der größten Umweltkrisen droht. Einvernehmen herrschte ferner, daß global überlegt und regional gehandelt werden müsse. Auch eine sparsamere Energieverwendung sowie ein Austausch fossiler Brennstoffe fand allgemein Zustimmung. Nur die Verwendung der Kernkraft spaltete SPD-Regierungslager und Opposition von CDU und F.D.P. Für die SPD war die Atomkraft in NRW kein Thema. Oppositionssprecher sahen die Kernenergie als ein Mittel an, das Klimarisiko zu mindern. Die CDU hatte dazu einen Antrag „NRW-Programm zur Verhinderung der Aufheizung der Erdatmosphäre (CO₂)“ (Drs. 10/5038), die F.D.P. den Antrag „Kampf gegen den Treibhauseffekt“ (Drs. 10/5078) eingebracht. Ein dritter Antrag der SPD wurde in die Beratungen mit einbezogen. Alle Anträge wurden abschließend an die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

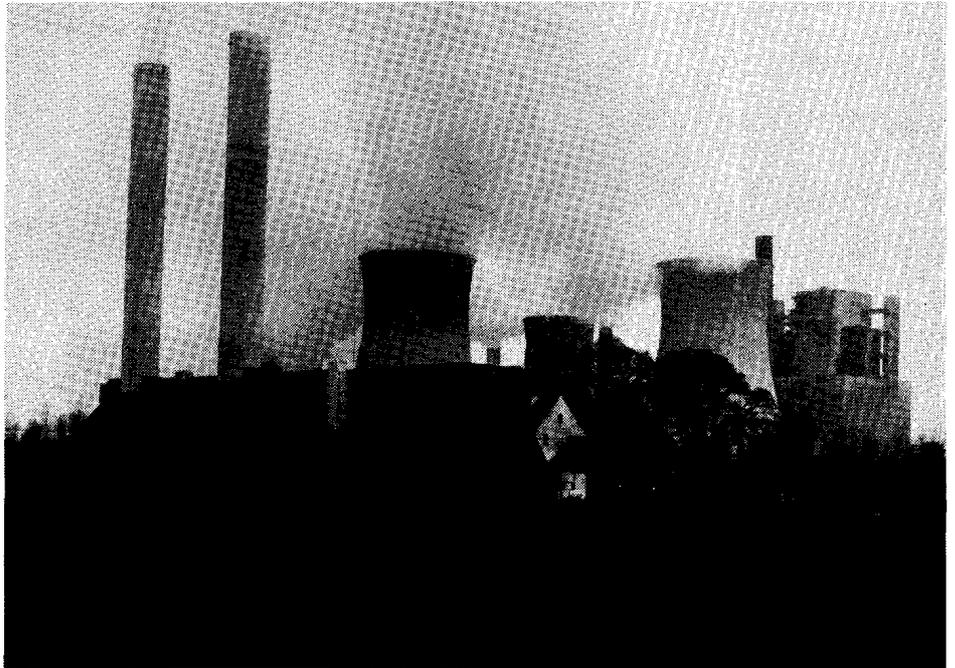
Dr. Helmut Linssen (CDU) erläuterte, die zunehmende Erwärmung habe keinen natürlichen Ursprung. „Wir Menschen selbst sind die Ursache“, sagte der Abgeordnete. Man schätze, daß das Klimarisiko etwa zur Hälfte aus den CO₂-Emissionen komme, die bei der Verbrennung von fossilen Energieträgern entstünden. Weitere 20 Prozent stammten vom FCKW, dessen Ursache industrielle und verbraucher-spezifische Anwendungen seien. Die restlichen klimabedrohenden Spurengase entstünden vorwiegend im Zusammenhang landwirtschaftlicher Erzeugungsprozesse. Man brauche das Prinzip „Global denken und regional handeln“. Die CDU gehe davon aus, daß man in NRW über ein landesspezifisches CO₂-Minderungspotential von 80 bis 100 Millionen Tonnen verfüge. Dieses wolle man mit dem Antrag aktivieren. Die Gretchenfrage sei, ob und wie CO₂-Minderungspotentiale vor allem im Bereich der Verbrennung fossiler Energieträger noch herausgearbeitet werden könnten. Die Kernenergie bleibe unverzichtbar.

Michael Ruppert (F.D.P.) erinnerte daran, die Forderungen der Klimakonferenzen von Toronto und Hamburg hätten deutlich gemacht, daß die Bedrohung durch den Treibhauseffekt drastisch zunehme. Der Beitrag der Bundesrepublik an der CO₂-Freisetzung liege mit rund 750 Millionen Jahrestonnen überdurchschnittlich hoch. Durch Verbrennung von Kohle fielen jährlich 43 Prozent der CO₂-Belastung an. Die Konzentration des Landes NRW auf Kohleverstromung, der Kohlevorrang, die Ballung von stromintensiven Branchen und die hohe Bevölkerungsdichte führten dazu, daß rund 40 Prozent der westdeutschen CO₂-Emissionen in NRW verursacht würden. Man müsse sich entscheiden, was denn gelten solle: nach wie vor der Kohlevorrang oder mit weniger fossiler Energie auszukommen.

Hans Alt-Küpers (SPD) bezeichnete den Treibhauseffekt als dritte große Umweltkatastrophe nach Waldsterben und Ozonausdünnung. Sie übertreffe in ihrer globalen Dimension alle bisher bekannten Umweltkrisen. Der Abgeordnete verglich die Veränderung der Klimatemperatur mit dem Vernichtungsbrand eines Nuklearkrieges. Weder

Fraktionen: Mit Erwärmung der Erde droht Umweltkrise

Über die Rolle der Kernenergie bei Minderung von Treibhauseffekt sind die Auffassungen gespalten



Kohlendioxid, das bei jeglicher Art von Verbrennung freigesetzt wird, ist mit Ursache für den Treibhauseffekt. Selbst Kraftwerke, die mit Millionenaufwand entstickt und entschwefelt wurden, wie hier im rheinischen Braunkohlenrevier, haben noch ein CO₂-Problem. Schwergewichtig ist auch der Hausbrand an der Kohlendioxid-Belastung beteiligt. Foto: Schüler

zur Rettung der Ozonschicht noch zur Eindämmung des Treibhauseffektes reichten die bisher international vereinbarten Reduktionsziele aus. Als wichtigste Treibhausgase nannte Alt-Küppers das Kohlendioxid mit 50, Methan mit 19, Fluorchlorkohlenwasserstoff mit 17, troposphärisches Ozon mit acht und Stickstoffoxid mit vier Prozent. Als Hauptschlüssel zur Reduktion führte der Abgeordnete die Verbesserung der Energieeffizienz und des Energiesparens an. Ziel der SPD-Fraktion sei eine neue Energieversorgungsstruktur.

Christa Thoben (CDU) wies darauf hin, die SPD beziehe sich in ihrem Antrag auf 144 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß durch den Verkehr bundesweit. Sie stelle die Zahl 143 Millionen Tonnen daneben, die nicht bundesweit, sondern in NRW aus den Kraftwerken kämen, dank des Vollzugs des Ausstiegs aus der Kernenergie in diesem Land. Die Abgeordnete sprach sich dafür aus, weniger Steinkohle und weniger Braunkohle zu verstromen. Wenn die SPD in ihrem Antrag feststelle, man möchte innerhalb der fossilen Energieträger Umstellungen vornehmen, dann könne sie doch nur meinen, von Braunkohle und Steinkohle auf Erdgas. Die SPD habe in NRW Halali geblasen. Das letzte Kernkraftwerk sei still. Die SPD müsse hier an den Kernbestand der Arbeitsplätze, wo sie ihre Mehrheit herholen wolle, und sie traue sich nicht, den Menschen die Wahrheit zu sagen.

Andreas Reichel (F.D.P.) betonte, weltweit zu befürchtende Klimaveränderungen machten eine Einschränkung bei der Verbrennung fossiler Energieträger erforder-

lich. Das betreffe auch die Kohle. Der Treibhauseffekt sei nicht der richtige Hintergrund, mit einer Verniedlichung der Probleme aus der Kohleverbrennung Klientelpolitik bei den Bergleuten zu betreiben. Es gehe vielmehr darum, einen möglichst breiten Konsens zu suchen, wie man schnellstmöglich zu einer ökologisch verantwortlichen Form der Energieversorgung komme. Die Kernenergie könne in einem Übergangszeitraum zur Entlastung der Atmosphäre beitragen.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) erklärte, weltweit solidarisches Vorgehen sei erforderlich, wobei den Industrieländern Verantwortung dafür obliege, als Hauptverursacher rasch und effektiv zu handeln. Neben globalen seien auch nationale Strategien erforderlich. Die Landesregierung sehe als Handlungsfelder die chemische Produktion, die Land- und Forstwirtschaft, den Verkehrsbereich und den Energiebereich. Der Minister sprach das Methanproblem an, das auch ein Problem alter Deponien sei. Methan sei qualitativ ein unendliches Problem für den Chemismus der Stratosphäre. Der Ausbau der Kernenergie sei keine Antwort auf die Herausforderung. Zur Verringerung der CO₂-Emissionen würden noch Überlegungen angestellt, bevorzugt fossile Energieträger mit einem vergleichsweise geringen CO₂-Emissionsfaktor einzusetzen. Um der drohenden Klimaveränderung zu begegnen, setze die Landesregierung auf eine energiepolitische Strategie mit den Elementen, moderne Technik für rationelle und sparsame Energieverwendung, für unerschöpfliche Energien und für eine umweltverträgliche Verwendung der Kohle zu nutzen.

Medien sollen DDR-Reformgruppen zu Chancengleichheit verhelfen

An zwei Tagen hat der Landtag darüber debattiert, wie mit Hilfe der bundesdeutschen Medien für die von der SED immer noch benachteiligten Reformgruppen Chancengleichheit hergestellt und damit eine wirklich freie Volkskammerwahl sichergestellt werden kann. Ergebnis der Diskussion am 19. Januar war, daß die ursprünglich drei unterschiedlichen Anträge durch einen gemeinsamen Entschließungsantrag aller drei Fraktionen ersetzt wurden (Drs. 10/5138), in dem der Landtag die öffentlichen und privaten Anstalten sowie die Printmedien bittet, jede Gelegenheit zur Berichterstattung über die Reformgruppen zu nutzen und auch Fragen des Rechtsstaates, der Wirtschaftsordnung, des Umweltschutzes und der Wiedervereinigung zu erörtern.

Dr. Ottmar Pohl (CDU) nannte die Bedingungen, unter den die Reformgruppen in der DDR arbeiten müßten, „unzumutbar“; sicher, es gebe Zusagen, dies zu ändern, aber man wisse nicht, ob dies zutreffen werde. Zur Zeit jedenfalls könnten sich diese Gruppen nicht „angemessen, ausreichend und zeitig vor den ins Auge gefaßten Wahlen“ darstellen. Darum die Bitte an alle öffentlichen und privaten Funkmedien in der Bundesrepublik, die Eigendarstellungen der Reformgruppen zu verstärken, auch über die bereits jetzt geplanten Veranstaltungsreihen hinaus. Bei der Forderung nach Wahlspots sei sich seine Fraktion der Rechtsprobleme bewußt, aber über die Klippe der Rundfunkgesetze sei durch Interpretation sicher hinwegzukommen. Gemeinsames Ziel sei es ja, „zu einer echten,

demokratischen Legitimation einer Regierung in der DDR zu kommen, die nach dem 6. Mai hervorgegangen, dann auch tatsächlich das Volk in der DDR (...) repräsentiert“.

Jürgen Büssow (SPD) warnte dringlich davor, über den Gesetzestext in der Frage der Wahlspots hinwegzuspriegen. Außerdem mahnte er eine genaue Definition des Begriffs „Reformgruppe“ und „Oppositionsgruppe“ an: Seien darunter auch die in der DDR aktiv werdenden Republikaner und eine SED zu verstehen, die nach der Wahl nicht mehr an der Regierung beteiligt ist? Da halte er es für richtiger, daß ARD und ZDF gemäß ihrem Beschluß die Berichterstattung über die Oppositions- und Reformgruppen, „wie wir sie alle gemeinsam begreifen“, intensivieren. Im übrigen sollte man abwarten, ob die Oppositionsgruppen entsprechend einer DDR-Zusage ihren Platz im dortigen Fernsehen finden werden.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.) wies auf die Bedeutung des Themas hin. Der Landtag habe eine historische Aufgabe: „Wenn es in diesem Jahr keine klare Weichenstellung in Richtung Wiedervereinigung gibt, wird es diese Chance in diesem Jahrzehnt wahrscheinlich nicht mehr geben.“ Rohde appellierte, zu einem gemeinsamen Antrag zu finden und unterstrich das enorme Informationsdefizit, das in der DDR bei den Menschen über das Leben in einer Marktwirtschaft herrsche. In diesem Bereich müßten die Medien tätiger als bisher werden, um die Wirkungsweise der sozialen Marktwirtschaft zu vermitteln und ein ungeschminktes, ideo-

logiefreies Bild der Wirklichkeit zu zeichnen. Dann könne man werben und sagen: „Bitte, es lohnt sich, eine freiheitliche Gesellschaftsordnung zu wählen und dafür zu kämpfen“.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) unterstrich, es handele sich nur dann um eine freie Wahl, wenn die freie Auswahl unter Parteien für den Wähler hergestellt sei; derzeit seien die Bedingungen in der DDR nicht danach; auch die Zusagen, die Regierungschef Modrow gegeben habe, seien „aus tatsächlichen Gründen bis zum 6. Mai nicht realisierbar“. Schnoor wörtlich: „Ich mißtraue der SED, in welchem Gewand sie auch kommt, zutiefst. Die SED besetzt die Zeitungsredaktionen; Fernsehen und Hörfunk sind von ihr besetzt“. Dagegen komme man nur an, wenn unsere öffentlich-rechtlichen Medien, aber auch die Privaten, in die Bresche sprängen. Wahlspots hielt er in diesem Zusammenhang für denkbar ungeeignet, man sollte, im Gegenteil, drüber nachdenken, „ob sich die Parteien nicht auch darüber verständigen könnten, diese elendigen Wahlspots wegzulassen“.

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) warnte davor, „die Probleme der Menschen in der DDR zum Gegenstand unserer Wahlauseinandersetzungen“ zu machen. Diese Gefahr sei „verdammt groß“, befand er; man sollte sie durch einen gemeinsamen Antrag zu bannen suchen. Auch er hielt es für gut, wenn die Medien verdeutlichten, „was politische und gesellschaftliche Wirklichkeit in der Bundesrepublik ist“.

Mehrheit des Landtags lehnt eine Transrapid-Expertenkommission ab

Der Landtag hat am 17. Januar die von der F.D.P.-Fraktion geforderte Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission Transrapid (Drs. 10/5077) abgelehnt. Mit ihrem Antrag wollten die Liberalen die „Diskussion versachlichen und sachfremde Einflüsse auf dieses Thema im Landtagswahlkampf vermeiden“. Ein Änderungsantrag der CDU (Drs. 10/5118), in dem die Landesregierung aufgefordert werden sollte, den Beschluß der Bundesregierung vom 20. Dezember 1989 „durch weitere Untersuchungen und konkrete Vorschläge zur Realisierung der ersten Transrapid-Strecke in NRW vorzubereiten“, wurde ebenfalls abgelehnt.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) monierte den „Eiertanz“ der Landesregierung in dieser Angelegenheit; niemand wisse im Moment, was die Regierung tatsächlich wolle. Dabei hätte die Verbindung der beiden Flughäfen im Lande durchaus Vorteile und würde deren Kooperation ermöglichen. Von einer Expertenkommission aus unabhängigen Sachverständigen, die auch Gespräche mit den betroffenen Kommunen und Bürgern zu führen hätten, erwarte man, daß sie bei Bürgerinitiativen mehr Akzeptanz genießen würde als die Beamten eines Ministeriums. Um nicht zuviel Zeit zu verlieren, sollte man bei diesem Projekt Planung und Ausführung gleichzeitig beginnen lassen. Jedenfalls sollte man nicht, wie die Landesregierung das offenbar vorhabe, „alle planungsrechtlichen Schritte erst dann in Angriff nehmen, wenn sämtliche technischen und sonstigen Fragen geklärt sind“. Die Sprecherin: „Wir wollen den Ablauf in geordnete Bahnen bringen. Wir wollen ihn auf einen Weg bringen, der auch von den Bürgern akzeptiert wird.“

Karl Böse (SPD) nannte die Kommission jetzt, da man sich zwischen Bund und Land über das weitere Verfahren geeinigt habe, ein weiteres Stück Verbürokratisierung. Damit wolle man nur die Sache verzögern, stellte Böse fest. Mittlerweile seien ja „sämtliche Verkehrsexperten der Bundesrepublik und darüber hinaus“ mit Transrapid befaßt: „Jetzt wollen Sie diese Experten, die alle schon Expertisen geliefert haben, auffordern, noch weitere Beiträge für diese Kommission zu liefern.“

Heinz Hardt (CDU) stellte auch ein „Wechselbad der Meinungen“ innerhalb der Landesregierung fest, dadurch sei kein klarer Kurs mehr zu erkennen. Durch die Kommission habe man Gelegenheit, die Regierung „auf den Pfad der Tugend zurückzuführen“. Es würden durch die Flughafenverbindung Zukunftschancen für das Land eröffnet, die es jetzt umzusetzen gelte. „Transrapid stellt als deutsche Ingenieurleistung eine erste zukunftsweisende und umweltfreundliche Neuerung im Bereich der spurgeführten

Bahnsysteme seit Einführung der Bahn vor 150 Jahren dar“, erklärte er und verwies auf den Entlastungseffekt für den innerdeutschen Luftverkehr. Hier seien weitere Steigerungen auf der Distanz unter 600 Kilometer aus umweltpolitischen Gründen nicht mehr vertretbar. Die von einigen favorisierte Variante einer ICE-Anbindung beider Flughäfen bringe keine echte Zeitersparnis, sie würde durch Zwischenstopps rund eine Stunde beanspruchen bei nur 15 Minuten Nonstop-Fahrzeit durch Transrapid.

Verkehrsminister Dr. Christoph Zöpel (SPD) machte auf die Übereinstimmungen mit der Bundesregierung aufmerksam: Man sei sich über die Notwendigkeit einer spurgebundenen Verbindung zwischen beiden Flughäfen einig darin, „daß es wenig Sinn hat, öffentliche Planverfahren durchzuführen, bevor nicht die Sachklärung aller noch offenen Einzelfragen erfüllt ist“. Bei einem Raumordnungsverfahren oder jedem anderen Verfahren im Zusammenhang mit dem Bau von Verkehrswegen müsse man, auch wenn das rechtlich gar nicht notwendig sei, alle technischen, ökologischen und finanziellen Fragen sofort beantworten können, „sonst sind Sie nicht in der Lage, ein Verfahren zu Ende zu bringen“, betonte der Minister. Im übrigen habe man sich mit dem Bund darauf geeinigt, daß alle Anforderungen wissenschaftlicher Gutachten und die Beteiligung von Experten bei ihm liegen solle. Wer Sorgen um den Zustand der Nordrhein-Finzen habe, dem könne er ohnehin nur raten, diesen ganzen Vorgang beim Bund zu lassen. Die Landesregierung werde die

Fortsetzung Seite 5

Gesetze in 2. Lesung mit SPD-Mehrheit verabschiedet — Bedenken von CDU und F.D.P.

Wasserverbände nehmen bei Hoheitsaufgaben Staatsaufsicht wahr

Der Landtag hat mit den Stimmen der SPD-Mehrheit die Gesetze über den Lippeverband, den Wasserverband Eifel-Ruhr, die Emschergenossenschaft, das Ruhrverbände-gesetz sowie das Linksniederrheinische Entwässerungs-Genossenschaftsgesetz in zweiter Lesung verabschiedet und für die Wasserverbände des Landes die Arbeitnehmermitbestimmung eingeführt (Drs. 10/3918, 3919, 3920, 3971 und 4631). Damit werden die Wasserverbände nach dem Vorbild des Aktienrechts organisiert. Sie werden künftig aus einem Vorstand, einem Verbandsrat, der den Vorstand kontrolliert, und einer Verbandsversammlung bestehen. Im Verbandsrat sollen die Arbeitnehmervertreter zu einem Drittel vertreten sein. Die Opposition von CDU und F.D.P. machte verfassungsrechtliche Bedenken gegen das Gesetz geltend und sprach von einer Aushöhlung der Selbstverwaltung. Der Änderung waren 15 Jahre andauernde Diskussionen vorausgegangen.

Gerhard Wendzinski (SPD) erklärte, die Wasserverbände hätten in den zurückliegenden Jahrzehnten und in den letzten Jahren gute Arbeit geleistet. Aber die Zeiten und das Bewußtsein der Bürger hätten sich geändert. Das Verursacherprinzip müsse in Zukunft stärker zur Geltung kommen und nicht so sehr das Solidaritätsprinzip. Die Kostenbelastungen müßten für Bürger und Industrie langfristig kalkulierbar sein. Es komme jetzt darauf an, daß die Verbände der neuen Aufgabe der ökologischen Modernisierung gewachsen seien. Die vorliegenden Gesetze lösten die Verbandsgesetze ab, die größtenteils noch aus der Kaiserzeit stammten. Bei der Arbeit an den Gesetzentwürfen habe sich die SPD von den Maximen leiten lassen, die Verbände benötigen eine effiziente Verbandsleitung. Die

Mehrheit...

Fortsetzung von Seite 4

Regierungspräsidenten erst dann wieder ermächtigen, öffentliche Verfahren durchzuführen, „wenn die Landesregierung selber davon überzeugt ist, daß die fiskalischen und ökologischen Probleme gelöst sind“. Er warne aus eigener Erfahrung nachdrücklich vor dem simultanen Planen und Bauen: Schon beim Aachener Klinikum (bei bekannter Technologie) habe sich dies als unsinnig erwiesen. Mit dem Bundesverkehrsminister habe man vereinbart, daß Nordrhein-Westfalen die Alternativen zum Transrapid, also ICE- und S-Bahn-Anschluß, weiter vorantreiben könne. Er könne nur empfehlen, der Landtag möge zusammen mit der Landesregierung den Kurs fahren, „daß die politische und finanzielle Verantwortung für Transrapid bei der Bundesregierung liegt und daß wir uns beteiligen, weil das in NRW erprobt werden soll“.



Große Verbandseinheiten: v.l. Gerhard Wendzinski (SPD), Joachim Menge (CDU), Michael Ruppert (F.D.P.) und Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD).
Fotos: Schüler

Verbandsorgane müßten demokratisch legitimiert sein. Die innerverbandliche und gesellschaftliche Akzeptanz für die Arbeit der Verbände sei zu garantieren. Bei der Wahrnehmung von Hoheitsaufgaben müsse eine Staatsaufsicht wahrgenommen werden.

Joachim Menge (CDU) warf der SPD vor, sie habe die Gesetze in einer Art und Weise durch dieses Haus gepetscht, die keinen guten demokratischen Stil darstelle. Der Abgeordnete wies darauf hin, wenn man auch grundsätzlich von der Möglichkeit des Landesgesetzgebers und dessen Zuständigkeit für die Gründung eines Wasserverbandes im Wege der Sondergesetzgebung ausgehen müsse, so sei doch festzustellen, daß diese Möglichkeit nur in Ausnahmefällen in Betracht komme. Vorrang müsse in jedem Fall der freiwillige Zusammenschluß zu einem Großverband auf der Grundlage der Verbandsordnung sein. Dann aber, wenn derartige Bemühungen der einzelnen Wasserverbände, die auf den Zusammenschluß auf freiwilliger Basis gerichtet seien, durch Maßnahmen der Landesregierung verhindert würden, müsse man sich nach der Verfassungsmäßigkeit eines solchen Vorhabens der Landesregierung fragen. Der Abgeordnete kritisierte auch, daß die Mitarbeitervertreter als verfassungswidrig nicht legitimierte stärkste homogene Gruppe bei allen Entscheidungen im Verbandsrat das ausschlaggebende Stimmrecht hätten. Insbesondere sei die Regelung über den Personalvorstand verfassungswidrig.

Michael Ruppert (F.D.P.) fand, daß die sachlichen Argumente, die vorgebracht worden seien, eigentlich nicht zögen, weil wirklich niemand behaupten könne, die Wasserverbände hätten bisher nicht funktioniert, trotz rechtlicher Grundlage aus der Kaiserzeit. Im übrigen müsse er feststellen, der Gesetzestatbestand aus der Kaiserzeit habe weniger obrigkeitstaatliches Denken enthalten als die neuen Gesetzentwürfe. Die führten nämlich zu einer erheblichen Aushöhlung der Selbstverwaltung.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) bezeichnete die Gesetzentwürfe als wichtige Elemente in der ökologischen und ökonomischen Erneuerung des Landes. Es gelte, die materiell-rechtlichen Vorhaben,

die dieses Hohe Haus im Landeswassergesetz, im Landesabfallgesetz, im Landesschaftsgesetz festgeschrieben habe, organisationsrechtlich auf die bewährten alten und neu zu bildenden Träger wasserwirtschaftlicher und abfallwirtschaftlicher Maßnahmen zu übertragen. „Wir benötigen in unserem hochindustrialisierten Land mit den vielfältig konkurrierenden Ansprüchen an das Wasser große Flußgebietsverbände mit neuen, sicheren Grundlagen. Sie müssen damit die ganze Bandbreite notwendiger wasserwirtschaftlicher und abfallwirtschaftlicher Maßnahmen durchführen können“, sagte der Minister. In dem Gesamtkontext sehe die Landesregierung auch den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Ruhrverband und Ruhrtalsperrenverein zu einem neuen Ruhrverband zusammenzulegen. Die neuen Aufgabenkataloge der fünf Verbände seien optimal bedarfsgerecht auf die einzelnen Flußgebiete unter Einbeziehung der ökologischen Forderungen zugeschnitten.

Transrapid: Offene Fragen

Die Landesregierung beteilige sich an der Umsetzung der Kabinettsentscheidung der Bundesregierung zum Transrapid in der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Weise. Das erklärte Verkehrsminister Dr. Christoph Zöpel (SPD) in einer Fragestunde des Landtags auf eine Mündliche Anfrage des CDU-Abgeordneten Heinz Hardt zur Umsetzung der Bonner Grundsatzzur Entscheidung. Nach einem Gespräch mit Bundesforschungsminister Dr. Heinz Riesenhuber (CDU) und Bundesverkehrsminister Dr. Friedrich Zimmermann (CSU) sollen von der Bundesregierung angesprochene sowie vom Land aufgeworfene Prüfungsfragen in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe auf Abteilungsleitererebene besprochen werden.

Kein FCKW mehr im Flughafen

Die Flughafen Düsseldorf Gesellschaft mbH kauft von sofort an keine Produkte mehr ein, die Fluorchlorkohlenwasserstoff (FCKW) enthalten. Einen entsprechenden Beschluß hat die Geschäftsführung gefaßt. Die Entscheidung betrifft besonders die Warentermine der technischen Werkstätten (Klimatechnik) sowie diejenigen der Duty-Free-Shops.

Empfehlungen der Mikat-Kommission von den Fraktionen umfassend gewürdigt

Gerhard Wendzinski (SPD) erinnerte daran, das Resümee des Berichts der Mikat-Kommission laute nach den Beratungen in den Fachausschüssen: Der Strukturwandel in NRW sei in vollem Gange, das Land habe gute Voraussetzungen für die Zukunft. Vor drei Jahren hätten die drei Fraktionen einmütig die Berufung der Kommission gefordert. Die SPD-Fraktion habe der Kommission einen umfangreichen Aufgabenkatalog mit auf den Weg gegeben. Dies sei von den übrigen Fraktionen mit unterstützt worden. Bei der zusammenfassenden Bewertung der 130 Vorschläge des Mikat-Berichts habe man festgestellt, daß mehr als 60 Prozent der Maßnahmen bereits liefen oder umgesetzt werden könnten. 25 Prozent der Vorschläge seien grundsätzlich positiv einzuschätzen. Lediglich zehn Prozent der Vorschläge sollten nach bisheriger Einschätzung nicht weiterverfolgt werden.

Dr. Ottmar Pohl (CDU) kritisierte, im Mikat-Bericht aufgezeigte Defizite habe die Landesregierung in ihrer Stellungnahme wiederum nicht behandelt. Sie habe sich nicht ehrlich und schonungslos mit den kritischen Teilen des Berichts auseinandergesetzt. Als Beispiel nannte Pohl die Verkürzung der Genehmigungsverfahren und Transparenz der Wirtschaftsförderung. Der Sprecher verwies darauf, die CDU bringe in 14 Einzelanregungen ihre Meinung zum Ausdruck, daß die Handlungsmaximen der Landesregierung verbessert werden müßten.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, vertrat die Ansicht, eine unabhängige Kommission, die die Defizite in den Landesteilen entdecke, beschreibe, analysiere, in die Haushaltsberatungen einbringe, das wäre das Beste. Er denke, daß man in der nächsten Legislaturperiode diesen Schritt erreichen werde. Es bleibe also ein Handlungsdefizit bei der Landesregierung festzuhalten. Zu den Punkten „Entbürokratisierung“ und „Transparenz der Wirtschaftsförderung“ stellte Rohde die Frage: Warum nicht einmal von der Empfehlung der Mikat-Kommission Gebrauch machen, eine unabhängige Expertenkommission einzusetzen? Er forderte ferner eine ideologiefreie Energiepolitik. Es wäre gut, wieder zu einem Konsens zurückzukehren.

Wirtschaftsminister Professor Dr. Reimut Jochimsen (SPD) erklärte, vor drei Jahren seien Kohle- und Stahlkrise gleichzeitig eingetroffen und die Bundesregierung habe einen Generalangriff gestartet. In dieser Situation habe der Landtag eine Meisterleistung mit dem Beschluß erbracht, der zur Einsetzung der Expertenkommission geführt habe. Weiterhin sei die Zukunftsinitiative Montanregion gestartet worden. Auch bei der Einsetzung und Zusammensetzung der Mikat-Kommission im Juli 1987 habe es Einigkeit gegeben. Die Landesregierung bewerte jetzt den Bericht der Mikat-Kommission weitgehend positiv. Er sei eine sorgfältige, umfassende und fundierte Analyse der strukturellen Entwicklungen in NRW.

Bei der Debatte über den Antrag der F.D.P.-Fraktion zur Umsetzung der Empfehlungen der Mikat-Kommission (Drs. 10/4039) sowie den Bericht der Kommission Montanregion nach der Beschlußempfehlung des Hauptausschusses (Drs. 10/5092) und auf Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P. (Drs. 10/5117) sowie der SPD-Fraktion (Drs. 10/5122) ist der Mikat-Bericht allseitig gewürdigt worden. SPD-Sprecher Gerhard Wendzinski erinnerte daran, als zentrale Zukunftsaufgabe sehe die Kommission die Regionalisierung strukturpolitisch wichtiger Handlungsfelder an, also Wirtschaftsförderung, Qualifizierung, Flächenmobilisierung, Kulturförderung, Gestaltung der Hochschulen und Forschungsinstitute. Genau diesen Weg habe die Landesregierung bereits eingeleitet. CDU-Sprecher Dr. Ottmar Pohl meinte hingegen, die Landesregierung habe sich nicht ehrlich und schonungslos mit den kritischen Teilen des Berichts auseinandergesetzt. Für die F.D.P. griff Dr. Achim Rohde einzelne Aspekte auf. Es gehe nicht an, aus dem ganzen Land NRW eine einzige Gesamtschule zu machen.



Bericht rückte Zerrbild über Montanregion zurecht: v.l. Gerhard Wendzinski (SPD), Dr. Ottmar Pohl (CDU), Dr. Achim Rohde (F.D.P.) und Wirtschaftsminister Professor Dr. Reimut Jochimsen (SPD). Fotos: Schüler

Kultusminister Hans Schwier (SPD) zitierte aus den Vorschlägen der Mikat-Kommission, wonach die Kommission es für vorrangig halte, den Bestandschutz für Gymnasien zu sichern und auf den funktionalen Stellenwert von Gesamtschulen im örtlichen Angebotsspektrum aufmerksam zu machen, sowie klarzustellen, daß ein ausgeglichenes Schulangebot bestehe und aufrecht erhalten werden solle.

Dr. Bernhard Worms (CDU), Fraktionsvorsitzender, begründete das Diskussionsbedürfnis mit der Sorge der CDU über Strukturbeiräte und zu viele Programme und Gremien. Diese hätten keine unmittelbare demokratische Legitimation. Im Grundsatprogramm der SPD sei ein Initiativrecht für Wirtschafts- und Sozialausschüsse vorgesehen. Überspitzt gesagt, sei das der Weg in die Räterepublik. Transrapid und Güterverkehrszentren würden mit Raumordnung und Umweltverträglichkeitsprüfungen verzögert. „Wir demokratisieren uns hier zu Tode“, sagte Dr. Worms unter Hinweis auf bürokratische und parlamentarische Entscheidungen. Ein weiterer Flaschenhals sei die Entsorgung. Auch für Standortentscheidungen müßten die Bezirksplanungsräte gestärkt werden.

Wirtschaftsminister Professor Dr. Reimut Jochimsen (SPD) dankte für das offene Aussprechen von Befürchtungen und bestritt die Funktion der regionalen Gespräche als Vorgriff auf Wirtschafts- und Sozialausschüsse. Wirtschaftsregionen mit Kooperation aller Beteiligten sollten weder rein staatlich, noch rein kommunal verfaßt sein und niedriger ansetzen als Regierungsbe-

zirke. Übereinstimmung mit IHK-Bezirks-Grenzen sei sinnvoll. Die Gesetze zur Landesplanung hätten nicht ausgereicht zur Aktivierung aller Kräfte. Der Binnenmarkt Europa erfordere Aufgabenprofile. Anstelle Trennendes zu betonen, solle die Chance der Konsensbildung vor Ort verstärkt werden.

Joachim Westermann (SPD) bezeichnete die Polemik gegen fiktive Strukturbeiräte als völlig überzogen. Bezirksplanungsräte seien relativ kleine Gremien für große Bezirke. Komplexe Beratung sei kaum gewährleistet. Die regionalen Gremien leisteten viel mehr. Die Mikat-Kommission habe eindeutige Erfolge beim Strukturwandel in NRW festgestellt: Die neue Dynamik werde durch moderne Produkte getragen. Trotz strukturbedingter Arbeitsplatzverluste seien 300.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Zum Wirtschaftswachstum hätten Energiepreis- und Dollarkursverfall erheblich beigetragen. Wirkungen der Bonner Strukturhilfe würden erst noch eintreten.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) erwiderte zu Bedenken über neue Gremien, ein so großes Land wie NRW könne nicht zentralistisch regiert werden. Für Standorte der Entsorgung bringe ein einheitliches Programm nicht die erhoffte Beschleunigung und größere Sicherheit. Ein Landesplan erfordere acht Jahre. Als Mandatsträger könne man in verzögernde Diskussionen getrieben werden. Er habe genug Mut aufgebracht und schon vor Jahren vor Mülltransport in die DDR gewarnt und Standortentscheidungen für Verbrennungsanlagen vorangetrieben.

Opposition in Aktueller Stunde: 10. Pflichtschuljahr sollte überdacht werden

SPD hält dagegen: Anstelle der Schule eher Wehr- und Ersatzdienst verkürzen

Vorschläge der Konferenz der Wirtschaftsminister zur Verkürzung der Bildungszeiten in der Bundesrepublik bildeten den Hintergrund einer Aktuellen Stunde auf Antrag der CDU-Fraktion am 17. Januar. Dabei verlangten der schulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Herbert Reul, und Rudolf Wickel (F.D.P.), im Hinblick auf den 1993 kommenden EG-Binnenmarkt das zehnte Hauptschuljahr abzuschaffen. Kultusminister Hans Schwier (SPD) widersprach: Daß deutsche Hochschulabsolventen älter seien als in anderen Ländern der Gemeinschaft, liege nicht an der Schule, sondern vor allem an der Länge von Studium und Wehrdienst.

Herbert Reul (CDU) verlangte von der Landesregierung eine klare Stellungnahme in der Frage der Schulzeitverkürzung, sie müsse sich entscheiden zwischen den Auffassungen des Wirtschaftsministers und des SPD-Fraktionsvorsitzenden. In NRW sollte dem Beispiel Hessens mit seinen Versuchen zur Verkürzung der Schulzeit gefolgt werden, schlug Reul vor und ergänzte dies mit der Frage, ob es nicht auch nordrhein-westfälischen Hauptschülern wie in Baden-Württemberg ermöglicht werden sollte, nach Klasse neun „auszusteigen und in die duale Ausbildung einzutreten“; nach drei Jahren Ausbildung würden dann sowohl ein beruflicher Abschluß als auch die Mittlere Reife erlangt. Anstatt Antworten auf Zukunftsfragen zu geben, unterhalte man sich in der Regierung darüber, ob das Kultusministerium geteilt werden und ob es weiterhin die Lehrer verteilen solle. Aber darüber werde der Wähler am 13. Mai noch entscheiden, befand der Sprecher.

Hans Frey (SPD) bezeichnete den Versuch als zum Scheitern verurteilt, „zwischen dem Wirtschaftsminister und uns einen Keil zu treiben“. NRW sehe keine Veranlassung, vom 10. Schuljahr abzugehen. Er warnte vor unzutreffenden Vergleichen mit den Nachbarländern: Dort würde die Hochschulzugangsberechtigung oft erst nach einer eigenen Zugangsprüfung erteilt, da erscheine das bundesdeutsche Modell doch „offensichtlich sinnvoller“. Die oft behaupteten drohenden Konkurrenz Nachteile der jungen Leute hierzulande seien eine bloße Fata Morgana, schließlich bewiese die exorbitant gute Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik die Güte des funktionierenden Bildungssystems. Wenn man den Schulunterricht verkürzen wolle, dann müsse man sagen, auf Kosten welcher Fächer. „Wenn wir in dieser Republik etwas zu verkürzen haben, dann ist das die Wehrdienstzeit“, betonte Frey.

Rudolf Wickel (F.D.P.) nannte dieses Argument „abenteuerlich“ und stellte die Frage: „Wie ist es denn mit den Mädchen?“ Hier müsse man die Rechte der jungen Männer einklagen, die in einer unzulässigen Weise belastet würden. NRW habe sich in der Wirtschaftsministerkonferenz dagegen ausgesprochen, daß das 10. Schuljahr in Frage gestellt wird und auf eine Streichung der entsprechenden Passage hingewirkt. So habe das Land verhindert, „daß von Fachleuten als richtig erkannte Ergebnisse in eine Empfehlung eingearbeitet werden“. Aber, warnte Wickel, wer sich eingrabe, der „ist fest, ist statisch, bewegt sich nicht mehr. Ich prophezeie Ihnen, was die Verkürzung der Bil-

dingszeiten und Schulzeiten angeht: Die Zeit wird Sie überholen.“

Kultusminister Hans Schwier (SPD) bestätigte die Haltung der Landesregierung, daß eine Streichung des 10. Pflichtschuljahres nicht in Frage komme. Daran sei nichts unklar, fand er und riet der Opposition in Zukunft nicht mehr als die Förderer und Pfleger von Hauptschule aufzutreten. Man habe dies Schuljahr eingeführt, um die Chancen der Schülerinnen und Schüler zu verbessern und der Grundausbildung eine höhere Qualität zu geben. Den hessischen Versuch zur Verkürzung der Gymnasialzeit brauche man nicht nachzumachen: „Wir haben ihn bereits in viel größerem Maße in den 70er Jahren veranstaltet.“ Es sei „spannend“, daß die Opposition einen weiteren Vorschlag der Wirtschaftsministerkonferenz verschweige, nämlich den Wehr- und Ersatzdienst zu verkürzen. In NRW, so der Schluß des Kultusministers, gebe es genug Instrumentarien, die Schulzeit zu verkürzen.

Christa Thoben (CDU) warf dem Minister eine Verengung des Themas vor und verlangte Antworten auf die konkreten Vorschläge der Wirtschaftsministerkonferenz zur Verkürzung der gymnasialen Oberstufe, um jungen Menschen einen früheren Eintritt in das Erwerbsleben zu ermöglichen. Auch solle eine weitere Verkürzung der Studierendauer geprüft werden. Darüber solle weiter gesprochen werden.

Brigitte Speth (SPD) bemängelte sachferme Argumente bei Schul- und Bildungszeitverkürzungen anstelle pädagogischer Gesichtspunkte. Jetzt werde Europa ange-

führt und ein ökonomischer Bankrott beschworen. Am 10. Hauptschuljahr werde sich nichts ändern. Nicht ökonomische Interessen, sondern informierte, selbstbewußte Menschen müßten Ziel der Politik sein. Hohe soziale Kompetenz könne über Schulzeitverkürzungen nicht erreicht werden.

Franz Josef Kniola (SPD) bemerkte, die Opposition habe einen Teilaspekt zum Gegenstand der Auseinandersetzung gemacht. Was die Wirtschaftsministerkonferenz anrege, sei identisch mit dem Beschluß des Wissenschaftsausschusses vom 30. November.

Fragestunde

Landeskriminalamt zur Hilfe bereit

Wenn die Polizei die Hilfe des Landeskriminalamtes oder eines gerichtsmedizinischen Instituts am Wochenende dringend brauche und ein entsprechendes Begehren äußere, sei sofort jemand da, der helfen könne. Darauf hat Innenminister **Dr. Herbert Schnoor** (SPD) in einer Fragestunde des Landtags verwiesen. Der Minister nahm damit Stellung zu einer Mündlichen Anfrage des CDU-Abgeordneten **Dr. Ottmar Pohl**, der wissen wollte, ob laut einem Zeitungsbericht erhebliche Mängel im Ermittlungssystem beim Todesfall der sechsjährigen Ina B. aufgetreten seien. Der Leiter der zuständigen Mordkommission habe kritisiert, für solche Fälle gebe es keinen Wochenendnotdienst zur Blut- und Haarspurenuntersuchung. Schnoor unterstrich, es habe im Falle der Ina B. keine erheblichen Mängel im Ermittlungssystem gegeben. Zudem treffe nicht zu, daß der Leiter der Mordkommission die behauptete Äußerung getan habe. Der Minister gab indessen zu bedenken, daß zur Aufklärung des Sachverhalts des von Lokomotiven getöteten Kindes fünf Wissenschaftler im Landeskriminalamt fünf Tage lang tätig gewesen seien. Es entspreche allen personalpolitischen Erwägungen, dafür nicht einen Dauerdienst am Wochenende einzurichten.



In „Zukunftsfrage“ keinen Konsens erreicht (v.l.n.r.): Herbert Reul (CDU), Hans Frey (SPD), Rudolf Wickel (F.D.P.) und Kultusminister Hans Schwier (SPD).
Fotos: Schüler

Opposition stellt fest: Abfallentsorgungsnotstand ist schon längst eingetreten

Minister ruft die Kommunen zu mehr ökologischer Verantwortung auf

Eine „Entsorgungskoalition“ gegen kommunale Widerstände bei der Standortsuche für Müllverbrennungsanlagen haben Sprecher von CDU und F.D.P. dem Umweltminister des Landes angeboten. Im Rahmen der von der F.D.P. beantragten Aktuellen Stunde zum Thema „Drohender Entsorgungsnotstand in NRW“ teilte Minister Klaus Matthiesen (SPD) am 18. Januar mit, daß die zuständigen Stellen keine Exportgenehmigungen mehr für Abfall in die DDR erteilen werden. Die Opposition warf dem Minister vor, er sei mit seiner Entsorgungspolitik gescheitert und habe es nicht geschafft, ein seit 20 Jahren notwendiges Gesamtkonzept zur Abfallbeseitigung zu erarbeiten.

Michael Ruppert (F.D.P.) meinte, von einem drohenden Entsorgungsnotstand in NRW könne eigentlich keine Rede sein, er sei schon längst vorhanden und treffe vor allem die kleinen und mittelständischen Betriebe. Vom zuständigen Umweltminister könne man nicht sagen, daß er das Problem verharmlose, „laut genug geredet haben Sie, aber Sie halten nicht, was Sie versprechen“. Er sei mit seiner Politik der Ankündigung gescheitert; so etwas produziere Schlagzeilen, aber keine Entsorgungsstandorte. „Entsorgungseinrichtungen fehlen überall, die Zwischenlager mehren sich, Lösungen sind kaum in Sicht, Planungen schleppen sich dahin, Genehmigungsverfahren werden zur unendlichen Geschichte“, befand Ruppert und nannte drei Gebiete, auf denen man sofort umsteuern müsse: Wiedereinführung der Landeszuständigkeit für die Sonderabfallplanung, Verbesserung des Planungsinstrumentariums und Beschleunigung der Verfahren.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) bezeichnete die Attacke der F.D.P. als ein Manöver, „der Landesregierung vor einem bestimmten Datum (Wahltermin, die Red.)

etwas ans Bein zu binden“. Der Minister: „NRW hat mit 98 Prozent Entsorgungsgrad die abfallwirtschaftliche Verantwortung mehr wahrgenommen als andere Bundesländer“. Die hätten sich zum Teil in totale Entsorgungsabhängigkeit zur DDR begeben, während der jetzt gestoppte Müllexport des Landes nur ein Promille des hierzulande anfallenden Mülls betragen habe. Beim Hausmüll mahnte der Minister bei den kreisfreien Städten und bei den Kreisen Abfallwirtschaftskonzepte an, die die Zielvorlagen der Landesregierung berücksichtigen; für den Minister ist dies ein „Gradmesser für das ökologische Verantwortungsbewußtsein der kommunalen Selbstverwaltung“.

Werner Stump (CDU) hielt dem Minister vor, sein Beitrag sei um den eigentlichen Punkt des Antrags herumgegangen „wie die Katze um den heißen Brei“. Nichts habe man darüber gehört, wie sich der Mülltourismus innerhalb des Landes entwickle. Aber die Landesregierung sei mit ihrem Latein am Ende, sie habe viele Rezepte vorgelegt, aber sie nicht umgesetzt. Bis auf den Regierungsbezirk Düsseldorf gebe es im Lande keinen gesetzlich vorgeschriebenen Abfallentsorgungsplan. Vor 20 Jahren habe die Landesregierung eine Gesamtkonzeption zur Abfallbeseitigung zu erarbeiten beschlossen, aber nichts sei geschehen: „Die SPD-Landesregierung hat geschlafen, und der Umweltminister hat ebenso wie seine Vorgänger in dieser Frage versagt.“ Jetzt unter dem Zeitdruck des Entsorgungsnotstands solle das Versäumte nachgeholt werden; dieses Durchpeitschen führe zwangsläufig zu Widerstand, Protesten und Ablehnung bei den Bürgern. Außerdem habe man jetzt nicht mehr die Zeit, neue Technologien zu erproben, sondern müsse auf „konservative Systeme“ zurückgreifen.

Klaus Strehl (SPD) kritisierte bei der Opposition das Fehlen substantieller Argumente, sie stelle immer dieselben Fragen und wiederhole ihre stereotypen Wertungen. Der Redner wies auf die Zuständigkeit des Bundes bei der Abfallvermeidung hin und richtete eine Reihe von Forderungen an die Bonner Adresse: Rückdrängung von nicht verwertbaren Einwegverpackungen, Pfand- und Rücknahmepflicht für Getränkeverpackungen und -dosen, Verpflichtung des Han-

dels, vom Käufer nicht gewünschte Verpackungen zurückzunehmen und Verbot der Einweggetränkverpackungen. Was jetzt vor allem not tue, sei die Verbesserung der Akzeptanz notwendiger Entsorgungseinrichtungen, da helfe es nicht, immer wieder aufs neue nach Konzepten der Landesregierung zu rufen.

Hagen Tschoeletsch (F.D.P.) erwiderte, der Minister habe Ausführungen zum Hausmüll gemacht, Problem sei aber der Sondermüll. Auch bringe es nicht weiter, auf Zuständigkeiten hinzuweisen. Zu dem, was NRW leisten müsse, habe er wenig gesagt. Bis Mitte 1988 sollten nach Matthiesens Äußerungen die NRW-Standorte für Verbrennungsanlagen und Sondermüll-Deponien feststehen. Die Opposition biete wegen der Widerstände vor Ort an, die Standorte im Landtag festzulegen. Das habe der Minister abgelehnt. Entsorgungsnotstand sei nun das Problem kleiner und mittlerer Betriebe, denen geholfen werden müsse.

Dr. Helmut Linssen (CDU) bekundete Mitleid mit dem „Kronprinzen a.D.“, dessen schwerste Stunde gekommen sei, da er sein Scheitern offen eingestehen müsse. Verschwiegen habe er, daß ein wesentlicher Abfallstrom über Niedersachsen in die DDR gehe. Das Gerede über allgemeine Verwertungs- und Vermeidungsstrategien sei man leid. „Wir wollen vielmehr wissen, wo Standorte geschaffen werden“, sagte der Redner. Tschernobyl und Hormonskandal habe Matthiesen hochgezogen, das Müllproblem jedoch nicht gelöst. Es könne nur gemeinsam mit allen Parteien gelöst werden. Fünf Jahre seien vertan worden.

Gerhard Wendzinski (SPD) widersprach: Einen Entsorgungsnotstand gebe es nicht. Baden-Württemberg habe keine einzige Sondermüllverbrennungsanlage. In NRW gebe es Probleme in einigen Regionen und Großstädten. Teilweise habe man sich vor der Verantwortung gedrückt. Ein Landesentwicklungsplan bringe nicht weiter, sondern nur die Umsetzung. Die Kleinkariertheit vor Ort schlage durch. Mit Parteikritik komme man nicht weiter. Statt zu klagen, solle der Industrie geholfen werden.

Lothar Hegemann (CDU) verglich den Minister mit einem Brandstifter, der sich anschließend beim Löschen als Brandmeister hervorgetan habe. In Rot-Grün-Koalitionen werde die Entsorgung nicht gelöst. Alle seien verantwortlich. Es müsse endlich Klarheit geben statt Schuldverschiebungen. Bei neun Millionen Tonnen Sondermüll müßten Lösungen her. Mit Matthiesen sei die Lösung nicht unter einen Hut zu bringen.

Minister Klaus Matthiesen (SPD) sagte, der DDR den Wohlstandsmüll zu überlassen, weil wir nicht bereit seien, ihn selbst umweltverträglich und intelligent zu entsorgen, sei ein Armutszeugnis und nicht länger vertretbar. Auch eine Form von Ökokolonialismus sei nicht in Ordnung. Gegen Deponien gebe es mittlerweile eine gesteuerte Kampagne, was manche Politiker nicht erkennen. Diejenigen, die jetzt aufgrund eigener Versäumnisse zu Lasten anderer zwangsentsorgt würden, bekämen jede Tonne Müll wieder zurück, wenn sie selbst Einrichtungen hätten. Für den Wahlkampf gebe es geeignetere Themen.



Das Müllproblem unserer Wohlstandsgesellschaft fordert die Politik (v.l.n.r.): Hagen Tschoeletsch (F.D.P.), Werner Stump (CDU) und Klaus Strehl (SPD).
Fotos: Schüler

Abgeordneter: Ein solches Vorgehen der Polizei nicht für möglich gehalten

Ein dem Ausschuß für Innere Verwaltung vorliegender, ausführlicher Bericht des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen über den Polizeieinsatz am 20. September 1989 in Köln-Nippes war Anlaß für eine erneute Behandlung dieses Themas, in der Ausschußsitzung am 11. Januar. — Damit wird die Berichterstattung aus der letzten Ausgabe von „Landtag intern“ fortgesetzt.

Der Sachverhalt: Die Republikaner planten eine Veranstaltung im Namen einer „Freien Vereinigung für Demokratie und Kultur“. Sie ließen jedoch die verantwortlichen Stellen bis zuletzt im unklaren über den Veranstaltungsort. Der Polizei wurde erst drei Stunden vor dem geplanten Beginn mitgeteilt, die Veranstaltung werde im „Mauenheimer Hof“ stattfinden. Die Einsatzkonzeption der Polizei verfolgte die Gewaltvermeidung durch kommunikative Einflußnahme. Demgemäß wurde schon vorher in den Tageszeitungen zum Gewaltverzicht bei politischen Auseinandersetzungen aufgerufen. 20 Beamte wurden darauf geschult, mit kommunikativen Mitteln Verständnis für polizeiliche Maßnahmen zu wecken, deeskalierend und konfliktmindernd auf die Demonstranten einzuwirken und einer Solidarisierung von Unbeteiligten mit Straftätern vorzubeugen. Auch wurden Flugblätter verteilt, die zu Gewaltfreiheit aufriefen. Daneben traf die Polizei die üblichen taktischen Vorbereitungen.

Schon zwei Stunden vor Beginn der Veranstaltung der Republikaner hatten Demonstranten den Vordereingang des „Mauenheimer Hofes“ blockiert. Um den Veranstaltern den Zutritt zum Lokal zu verschaffen, begann die Polizei eine Stunde vor Veranstaltungsbeginn mit der Räumung, wobei Polizeibeamte, die mit Schlagstöcken und Schilden gegen die Demonstranten vorgingen, mit Steinen, Dosen und Farbbeuteln beworfen wurden. Bei der Festnahme von Demonstranten kam es dabei auch zu polizeilichem Verhalten, das zur Zeit straf- und dienstrechtlich überprüft wird.

Der Bericht des Innenministers kommt zu dem Schluß, daß taktische Fehler hinsichtlich des polizeilichen Vorgehens festgestellt werden müssen, so zum Beispiel

- wäre eine rechtzeitige Absperrung des „Mauenheimer Hofes“ sinnvoll und möglich gewesen,
- hätte unter dem Gebot der Verhältnismäßigkeit zunächst eine Teilräumung erfolgen oder die Tatsache beachtet werden müssen, daß der Nebeneingang der Gaststätte nicht blockiert war,
- ist es unverständlich, daß die Räumkräfte die Demonstranten teilweise auf den „Mauenheimer Hof“ zudrückten, statt durch keilförmigen Kräfteinsatz eine Gasse aufzudrücken,
- hätten vor Beginn der Räumung die Kommunikationsbeamten, die sich unter den Demonstranten befanden, zurückgezogen werden müssen.

Der Bericht des Innenministers schließt in der Gesamtbewertung mit der Feststellung, der Einsatz sei in der Durchführung trotz guter Vorbereitung und überzeugender Einsatzkonzeption mißglückt.

Zur weiteren Information wurden während der Ausschußsitzung Videoaufnahmen vorgeführt. Die Kommentatoren wiesen dabei auf die falsche Einsatztaktik der Polizei und

darauf hin, daß sich unter den verletzten Demonstranten zum Teil lebensgefährlich verletzte Personen befänden. Die Videoaufnahmen zeigten Stockhiebe von Einsatzkräften auf die — zumeist jugendlichen — Demonstranten und Übergriffe von brutaler Härte auch gegenüber friedlichen Demonstranten. Sichtbar war dabei auch, daß eine Hand versuchte, das Objektiv der Kamera in dem Moment abzudecken, als Mitglieder eines SEK einen Demonstranten aus der Menge heraus auf die Straße zogen.

Horst Hein (SPD) meinte im Anschluß an diese Vorführung, er habe es nicht für möglich gehalten, daß ein solches Vorgehen einzelner Polizeikräfte in NRW möglich sei. Die soeben gewonnenen Eindrücke relativierten auch einige frühere Feststellungen zum Schutze der Polizei. Der Ausschuß solle in diesem Falle der Polizei gegenüber eine Mißbilligung aussprechen. Sein Fraktionskollege Albert Klütsch warnte aber davor, die gesamte Kölner Polizei zu verteufeln. Es sei in der Berichterstattung auch ein Optimum an Deeskalationsbemühungen durch Polizeibeamte sichtbar geworden. Jürgen Guttenberger (SPD) stellte fest, der Polizeieinsatz sei sicherlich notwendig, einsatztaktisch aber nicht alles richtig gewesen; Überreaktionen könnten mit Sicherheit erst nach Abschluß der noch laufenden Untersuchungen festgestellt werden.

Heinz Paus (CDU) forderte eine Untersuchung der Überreaktionen und nachhaltige Prüfung, ob auf liegende, von Einsatzkräften festgehaltene Demonstranten „nachgetreten“ werden mußte. Vom Grundsatz her sei die Durchführung einer solchen Veranstaltung sicherzustellen. Ob die dabei angewendeten Mittel adäquat gewesen sind, könne erst nach Abschluß staatsanwalt-schaftlicher Feststellungen beurteilt werden. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Egbert Reinhard, mahnte eine sorgfältige Personalauswahl beim Einsatz von Führungskräften an. Er verwies auf die Feststellung des Berichts, daß dieser Einsatz mißglückt sei, und daß er sich diesem Eindruck nach Vortrag und Vorführung nur anschließen könne.

Wenn es zutreffend sei, so führte Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) aus, daß Kinder und

Jugendliche während der polizeilichen Räumaktion festgenommen wurden und sie keine Gelegenheit erhielten, ihre Eltern oder einen Rechtsbeistand zu benachrichtigen, so müßte der Ausschuß auch hier den Ausgleich von Ausbildungsdefiziten bei der Polizei anmahnen.

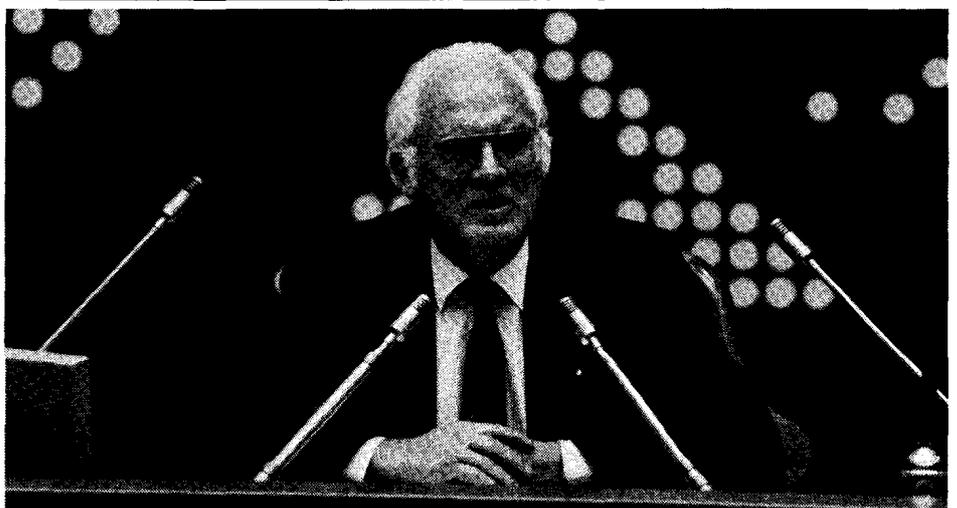
Ausschußvorsitzender Willi Pohlmann (SPD) stellte fest, daß sich der Ausschuß stets schützend vor die nordrhein-westfälische Polizei gestellt habe. Beim Einsatz in Köln seien taktische Fehler nicht auszuschließen. Die Staatsanwaltschaft verfolge inzwischen sieben Strafanzeigen gegen Polizeibeamte. Die Übergriffe einzelner Einsatzkräfte würden mißbilligt. Die im Bericht des Innenministers aufgezeigten Konsequenzen würden zustimmend zur Kenntnis genommen. Dem stimmte Heinz Paus zu, allerdings ohne jede Bewertung der Ereignisse; dies sei der Staatsanwaltschaft zunächst vorbehalten.

Albert Klütsch beantragte daraufhin, der Ausschuß solle beschließen:

- Der Ausschuß für Innere Verwaltung nimmt den Bericht des Innenministers mit dessen Schlußfolgerungen zur Kenntnis.
- Der Ausschuß mißbilligt die Übergriffe einzelner Polizeibeamter aus Anlaß des Räumungseinsatzes am 20. September 1989 in Köln.
- Außerdem — so fügte Egbert Reinhard hinzu —, solle der Ausschuß die taktischen Fehler der Einsatzleitung rügen.

Zum letztgenannten Punkt wies der Innenminister darauf hin, daß gegen die Einsatzleitung bereits disziplinarische Maßnahmen eingeleitet worden seien.

Während Ziffer 1 einstimmig eingenommen und die Ziffer 2 des Antrages mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU und eine Stimme der SPD angenommen wurde, fand der dritte Punkt nach leichter Modifizierung die Mehrheit der Stimmen der SPD und der F.D.P. gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei einer Enthaltung eines Angeordneten der SPD-Fraktion. Damit wurde der Innenminister ersucht, auf die Durchführung der straf- und disziplinarrechtlich relevanten Verfahren zu drängen und dem Ausschuß nach Abschluß über ihre Ergebnisse zu berichten.



Mit der 129. eröffnete Landtagspräsident Karl Josef Denzer (Bild) auch die erste Sitzung des Landtags im neuen Jahr 1990. Am Mittwoch, 17. Januar, wünschte der Präsident allen Abgeordneten für das Parlamentsjahr alles Gute. Wörtlich sagte Denzer: „Mögen auch alle Ihre Wünsche für den 13. Mai in Erfüllung gehen! Das ist etwas schwierig; dennoch kann dieser Wunsch von mir geäußert werden. Ich hoffe, daß wir trotz des bevorstehenden Wahlkampfes fair und menschlich miteinander umgehen.“

Foto: Schüler

Anhörung „Frau und Beruf“: Teilzeit im Management indiskutabel

Kommunale Frauenbeauftragte fordern Recht auf Kindergartenplatz

Daß noch längst nicht alles zum Thema Frauenförderung in Betrieben gesagt ist, zeigte die Anhörung „Frau und Beruf“ des Ausschusses für Frauenpolitik am 11. Januar (Fortsetzung des Berichts in voriger Ausgabe)

Handlungsbedarf auf allen Politikebenen sah die Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsstellen Sigrid Jaschinski, was die Alltagserfahrungen in diesen Stellen beeindrucken belegten. Obwohl patriarchalisches Recht formal aufgehoben worden sei, lebten männliche Vorrechte weiter. Wer die menschliche Gesellschaft wolle, müsse erst

die männliche überwinden. Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen genügten allein nicht. Eine eigenständige Lebensplanung der Mädchen könne bereits durch Unterrichtsinhalte unterstützt werden. Flexiblere Arbeitszeiten in den Betrieben nützten nichts ohne bedarfsgerechte Kinderbetreuung. Außer in Tarifvereinbarungen könne Frauenförderung durch Verknüpfung mit der

Vergabe öffentlicher Mittel und durch Aufsichtsgremien vorangetrieben werden. Einhellig trete die Arbeitsgemeinschaft für den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz zur familienergänzenden Erziehung ein und fordere auf Landesebene ein Kindertagesstättengesetz, da dieser beim Jugendhilfegesetz des Bundes gescheitert sei. Sowohl für das Kindergartenalter als auch für schulpflichtige Kinder fehlten Ganztagsplätze. Elternurlaub mit Lohnersatz könne Vätern ein Anreiz zu mehr Teilhabe an der Erziehung sein.



Im Frauenausschuß nahmen Sachverständige aus der Wirtschaft und der Gewerkschaften zum Thema „Frau und Beruf“ Stellung, 2. Reihe v. l.: Jürgen Jentsch, Marita Rauterkus, Brigitte Speth (alle SPD), Marie-Luise Woldering, Ilse Oel (beide CDU), Marie-Luise Morawietz, Ausschlußvorsitzende (SPD), Vertreterin der F.D.P. war Ruth Witteler-Koch aus Mönchengladbach.

Foto: Schüler

Betriebsgründung als Ausweg für Arbeitslose

Öko-Schreinerei – Kleintransporte – Reiseläden

Ein im Rahmen der Haushaltsberatungen über den Titel „Förderung erwerbswirtschaftlicher Beschäftigungsinitiativen“ von der wirtschaftspolitischen Sprecherin der CDU-Fraktion Christa Toben verlangter Bericht des Wirtschaftsministers ist inzwischen den Ausschlußmitgliedern übermittelt worden (Vorlage 10/2570). Darin werden Ergebnisse aus der Beratung in Stahlregionen, bei Krediten, Modell-Unternehmen und bei der Fortführung konkursgefährdeter Betriebe dargestellt.

In den Arbeitsmarktregionen Bochum, Dortmund/Unna und Duisburg wurden dem Bericht zufolge seit 1986 2700 Gespräche geführt, aus denen 650 befürwortete Anträge auf Beratungsförderung durch die Gemeinnützige Gesellschaft zur Information und Beratung örtlicher Beschäftigungsinitiativen und Selbsthilfegruppen (G.I.B.) in Bötrop hervorgingen. Bei 60 Anträgen mußte abgeraten werden, da die Existenzgründung keine Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. 758 Arbeitsplätze wurden neu geschaffen, 467 gefestigt. Mit weiteren 650 Arbeitsplätzen sei zu rechnen. Naturkostläden, Vollkornbäckereien, Druckereien, Kfz-Werkstätten, Kleintransporte, Elektronikfachgeschäfte, EDV-Dienstleistungen, Reiseläden und Kneipen sind Ziel der meisten Gründungen. Bei Krediten gibt es Summen zwischen 10000 und 150000 Mark für Grunderwerb, Bauinvestitionen, Gebäude, Material- und Warenlager und Betriebsmittel pro Initiative, die neu errichtet oder von Vorgängern

erworben werden, in einer Beteiligung stehen oder zur Existenzfestigung dienen kann. Von 245 Anträgen in 2½ Jahren wurden 186 positiv beschieden, die durchschnittliche Kredithöhe betrug 66500 Mark. Nach Art der Wirtschaftstätigkeit handelte es sich bei den Kreditnehmern um ähnliche Betriebe wie bei der Beratungsförderung. Die meisten Existenzgründer waren zwischen 25 und 35 Jahren jung, häufig vorher arbeitslos, ungesichert oder nicht beschäftigt. Fast die Hälfte hatten eine Lehre absolviert, ein großer Teil waren Studienabbrecher.

Bei geförderten Modellen für neuartige Unternehmen werden eine ökologisch orientierte Bau- und Möbelschreinerei als Frauenwerkstatt für arbeitslose Gesellinnen, ein Betrieb zur Dach- und Fassadenbegrünung (Stadtökologie), eine Tischlerei für Jugendliche, Gemeinschaftsverpflegung Vollwert für Kleinbetriebe, Vermarktung von Stroh als Verpackungsmittel und anderes aufgeführt.

Ganztagsbetreuung

Zur Anpassung an veränderte Anforderungen im Beruf nach der Familienpause sollten Frauen Kurse und Seminare angeboten werden, sagte Angelika Blickhäuser von der Kontakt- und Beratungsstelle „Frau und Beruf“ Bochum, einer von vierzehn kommunalen Stellen im Rahmen der Zukunftsinitiative Montanregionen, in denen Wirtschaftsförderung mit Gleichstellungszielen verbunden wird. Bei der Vermittlung von Anwendungswissen im Bereich neuer Technologien seien frauenspezifische Kursformen entwickelt worden. Für erweiterte Berufswahlorientierung werde mit Eltern und Schulen zusammengearbeitet. Um die betriebliche Frauenförderung voranzutreiben, sei vorstellbar, mit der Auftragsvergabe die Beachtung des Diskriminierungsverbots zu verknüpfen und frauenfreundliche Betriebe zu bevorzugen.

In den Fragerunden und der abschließenden Diskussion wurden die angeschnittenen Probleme nochmals verdeutlicht. Generelle gemeinsame Strategien, wie von Brigitte Heemann und Marita Rauterkus (SPD) erfragt, hielt Frau Blickhäuser vor allem in kleinen Betrieben für schwer durchsetzbar; vielmehr fehle es hier noch an besonderen Konzepten.

Doppelrolle

Anne Garbe (SPD) erhielt als Antwort auf ihre Frage nach Aufstiegschancen bei reduzierter oder Regelarbeitszeit die Antwort, im Management sei Teilzeit gegenwärtig indiskutabel. Marie-Luise Woldering (CDU) äußerte Zweifel an der Nachfrage qualifizierter Arbeitsplätze, wenn 75 Prozent der Frauen Teilzeitarbeit bevorzugten. Ilse Oel (CDU) hielt die ablehnende Haltung der Gewerkschaften gegenüber qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen für hemmend. Die Doppelrolle von Familien- und Erwerbsarbeit auch Männern bewußter zu machen, schlug Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) vor, was von den Verbandssprechern mit dem Hinweis auf betriebsinterne Diskussionen mit Beteiligung der Männer beantwortet wurde. Brigitte Speth (SPD) fragte nach Betriebs helfer-Pools ähnlich wie bei Landwirtschaftskammern. Vom Sprecher der Industrie- und Handelskammern wurde zugesagt, die Idee aufzugreifen, daß kinderbedingtes Fehlen von Mitarbeitern (männlichen und weiblichen) durch Reserve-Arbeitskräfte ersetzt werde.

Neue Kulturstiftung soll herausragende Vorhaben der Kunst und Kultur an Rhein und Ruhr präsentieren und dokumentieren

Vor dem Kulturausschuß unter Leitung des Vorsitzenden Dr. Albrecht Beckel (CDU) berichtete Ministerpräsident Dr. Johannes Rau (SPD) über die am 12. September 1989 ins Leben gerufene Stiftung Kunst und Kultur des Landes Nordrhein-Westfalen. Damit kam der Ministerpräsident einer wiederholt vom Ausschuß als zuständigem Fachausschuß des Landtags erhobenen Forderung nach umfassender Information und Beteiligung an Strukturüberlegungen nach, die auch schon nach Gründung der NRW-Stiftung „Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege“ zu kritischen Diskussionen über Zustandekommen, Struktur und Zusammensetzung des Kuratoriums geführt hatten.

Im Zusammenhang wurde ferner der Antrag der F.D.P.-Fraktion „Kulturstiftung Nordrhein-Westfalen“ (Drs. 10/2406) vom 21. März 1989, der auf die Gründung einer entsprechenden Stiftung zielt, weiter beraten. Der Ministerpräsident erinnerte an die zum F.D.P.-Antrag durchgeführte Plenardebatte im April 1989, in der gemeinsam ausführlich Gründe und Notwendigkeit einer nordrhein-westfälischen Kulturstiftung diskutiert worden seien. Seine Ankündigung, noch im Jahre 1989 eine nordrhein-westfälische Kulturstiftung zu gründen, sei erfüllt. Die neue privat-rechtliche Kulturstiftung sei inzwischen rechtswirksam errichtet.

Der Stiftungszweck soll laut Rau insbesondere verwirklicht werden durch Förderung

- herausragender Vorhaben der Präsentation und Dokumentation von Kunst und Kultur,
- des Erwerbs und der Sicherung von Kunstgegenständen und Kulturgütern mit herausragender Bedeutung für Nordrhein-Westfalen,
- des besonders begabten künstlerischen Nachwuchses und
- des internationalen Kulturaustauschs und des Austauschs regionaler Kulturprogramme.

Als Beispiele, die Ziele, Wirken und denkbare Projekte der Kulturstiftung konkreter formulieren, nannte Ministerpräsident Rau die Förderung von Ereignissen der sogenannten Spitzenkultur aus dem Bereich der Musik, der bildenden Kunst und des Theaters, die gezielte Förderung ausgewählter hochbegabter junger Künstler, die verstärkte kulturelle/künstlerische Zusammenarbeit mit der DDR und gezielte und langfristig wirkende Werbung für „Kultur in NRW“ (Kultur-Marketing).

Die Stiftung Kunst und Kultur des Landes Nordrhein-Westfalen solle nicht in Konkurrenz zu anderen privaten oder öffentlichen Stiftungen und Institutionen treten, die Kunst und Kultur in Nordrhein-Westfalen fördern — vielmehr müsse sie deren wichtige Arbeit sinnvoll ergänzen, sagte Rau. Dies gelte auch und gerade im Verhältnis zur NRW-Stiftung „Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege“. Die Finanzierung der Arbeit der Stiftung erfolge aus Zinserträgen aus dem vom Land bereitgestellten Stiftungskapital (Stiftungskapital: eine Million Mark), 20 Prozent der Zweckerträge der „Rubbel-Lotterie“ (von der NRW-Stiftung „Naturschutz, Hei-



Bei der Sitzung des Kulturausschusses: v.l. Kultusminister Hans Schwier, Ministerpräsident Johannes Rau (beide SPD), Ausschußvorsitzender Dr. Albrecht Beckel (CDU) und Ausschußassistent Norbert Krause.

Foto: Schüler

mat- und Kulturpflege“ auf die neue Stiftung übertragen), Zuschüssen aus den jährlich festzusetzenden Haushalts-Mitteln des Landes (1990: vier Millionen Mark) und Spenden Dritter. Schätzungsweise würden der Stiftung damit auf Dauer etwa acht Millionen Mark jährlich zur Verfügung stehen.

Privatleute motivieren

Das Kuratorium, dem neben dem Ministerpräsidenten (Vorsitzender) und dem Kultusminister (stellvertretender Vorsitzender) mindestens dreizehn Persönlichkeiten als Repräsentanten aus Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik angehören, sei inzwischen berufen. Darunter seien auch der Vorsitzende des Kulturausschusses, Dr. Beckel, und die Ausschußmitglieder Hildegard Matthäus (CDU), Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) und Dr. Eugen Gerritz (SPD), die gleichzeitig Sprecher ihrer Fraktionen seien. Voraussichtlich werde die neue Stiftung noch im Februar dieses Jahres ihre Arbeit aufnehmen können.

In der sich anschließenden Diskussion im Ausschuß erinnerte Dr. Gerritz (SPD) zunächst daran, daß die CDU-Fraktion die erste gewesen sei, die ihre partielle Unzufriedenheit mit der NRW-Stiftung „Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege“ (NRW-Stiftung) artikuliert und eine entsprechende Kulturstiftung gefordert habe. Die SPD-Fraktion habe sich dem angeschlossen, unter der Bedingung, daß der Aspekt des „National Trust“, soweit auf hiesige Zwecke übertragbar, erhalten bleibe, was der Ministerpräsident in seinen Ausführungen auch deutlich gemacht habe. Bei allen Fraktionen bestehe wohl Übereinstimmung darin, eine Einrichtung wie die Kulturstiftung nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch an ihr teilzuhaben. Dies sei wichtig, weil vom Landeshaushalt mitgetragene Stiftungen schließlich solche Mittel dem Kulturhaushalt entzögen und eine Nichtbeteiligung des Ausschusses einen Entzug der Kontrolle

des Parlaments und insoweit eine Aushöhlung der Kulturkompetenz bedeutet hätte. Dem sei der Ministerpräsident erfreulicherweise entgegengetreten. Die SPD lege Wert darauf, daß es zu einer Osmose der Geschäftsführung der Kulturstiftung mit dem Kultusministerium komme. Hinsichtlich des Stiftungszwecks, der nach der Satzungsformulierung vieles offen lasse, ergeben sich nach Auffassung des SPD-Sprechers noch einige zu klärende Probleme. Bisher sei er davon ausgegangen, daß die Kulturstiftung primär für die Kulturobjekte zuständig sei und die sogenannte NRW-Stiftung primär für die Kulturprojekte, während der Ministerpräsident offensichtlich für die umgekehrte Priorität eintrete.

Die Abgeordnete Witteler-Koch (F.D.P.) sah in der errichteten Kulturstiftung die Chance, daß der Antrag ihrer Fraktion somit angenommen werde. Nach Antragstellung sei zum ersten Mal die Bereitschaft zur Beteiligung der Parlamentarier, wie sie nun auch praktiziert worden sei, spürbar geworden. Ähnlich wie die SPD-Fraktion sehe sie Probleme der Abgrenzung zwischen den beiden Stiftungen. Es wäre wichtig, eine klare Definition der Stiftungsziele für beide Institutionen zu finden, auch im Interesse einer Motivierung von Privatleuten. Summa summarum sei sie erfreut über die Wende in Sachen Stiftung.

Die Abgeordnete Matthäus (CDU) äußerte Zweifel, weniger am Können als vielmehr am Willen der NRW-Stiftung, nach Gründung der Kulturstiftung Kulturobjekte anzukaufen. Es sei zu befürchten, daß es sehr schwierig werde, einen Teil der kulturellen Aufgaben mit den Geldern der NRW-Stiftung zu finanzieren. Es wäre sinnvoll zu verdeutlichen, welche Aufgaben die NRW-Stiftung trotzdem behalten werde. Im Hinblick auf das Ziel der Kulturstiftung, herausragende Leistungen und Vorhaben zu fördern, machte sie auch auf wiederholt aus der Bevölkerung laut gewordene Befürchtungen aufmerksam, die die Förderung der sogenannten Breitenkulturarbeit betrafen.

Fortsetzung Seite 15

Politikunterricht in den Schulen erreicht viele junge Menschen nicht mehr

Vorschlag: Mehr zeitgeschichtliche Zeugen in Bildung mit einbeziehen

Im Mittelpunkt der Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie am 11. Januar stand – unter Beteiligung des Kultusministers Hans Schwier, des Staatssekretärs im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Dr. Wolfgang Bodenbender, und des Leiters der Landeszentrale für politische Bildung, Dr. Günter Wichert, sowie Abgeordneten des Hauptausschusses – die Fortsetzung der Beratungen des SPD-Antrags „Rechtsradikale Einflußnahme auf junge Menschen“.

Die Landeszentrale für politische Bildung habe, so ihr Leiter, die Auseinandersetzungen mit dem Rechtsextremismus zu einem ihrer zentralen Arbeitsschwerpunkte für das Jahr 1990 gemacht. Die Landeszentrale als kleinste Einheit der politischen Bildung werde die bisherigen vielfältigen Aktivitäten in diesem Jahr verstärken und weitere Publikationen und Filme zu der Thematik anregen, aufkaufen und an die Multiplikatoren der politischen Bildung im Lande abgeben. Darüber hinaus würden eine Reihe von Veranstaltungen mit verschiedenen Partnern und Zielgruppen (schulische und außer-

schulische Jugendbildung, Lehrer, Erwachsenenbildung, Wissenschaft und Forschung) durchgeführt sowie eine Vielzahl von Projekten und Veranstaltungen von anerkannten und geförderten Einrichtungen der politischen Bildung gefördert. Die dem Ausschuß vorgestellte Literatur solle die Zielgruppen zur Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus motivieren und bei der Aufarbeitung als Hilfestellung unterstützen. Neben einschlägiger Literatur verfüge die Landeszentrale derzeit über neun Dokumentarfilme zum Thema Rechtsextremismus.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) wies auf die Bedeutung der politischen Bildung als Ergänzung der schulischen Bildung hin, die jedoch, um erfolgreich zu sein, eines gegenwartsorientierten und zeitgemäßen Ansatzes bedürfte und nicht als bloßer politischer Abriß verstanden werden dürfe.

Gerade Jugendliche seien über den klassischen Geschichtsunterricht häufig nicht mehr erreichbar; es sei daher notwendig, die Auseinandersetzung auf der Grundlage von konkreten Einzelfällen des „alltäglichen Faschismus“, das heißt an Beispielen für übersteigerten Egoismus und Fremdenfeindlichkeit zu führen.

Die Beurteilung rechtsextremistischer Tendenzen an Schulen falle schwer, da sich Schulen mit Blick auf ihren Ruf scheuten, derartige Probleme (etwa auch mit Kriminalität und Drogensucht) offen preiszugeben. Erschreckend sei für ihn, mit welcher Hilflosigkeit Lehrer und Schüler auf entsprechende Vorfälle reagierten. Aus seiner Kenntnis heraus sei es allerdings falsch, daß sich bewußt extremistisch orientierte Schülergruppen organisierten; vielmehr würde von außen der Versuch unternommen,

Schülergruppen und Cliques, die sich aus anderen Motiven zusammenfänden, politisch zu vereinnahmen.

Unter Hinweis auf seinen Beitrag zur letzten Ausschußsitzung führte Staatssekretär Dr. Bodenbender ergänzend aus, daß nach Vermutungen rund 15 bis 20 Prozent der 18- bis 25jährigen Jugendlichen rechtsextremistischen Parolen zugänglich sein sollen. Da diese Zahlen jedoch nicht eindeutig belegbar wären, seien sie ebenso unsicher wie bereits vorgefertigte Antworten und Lösungen.

Differenzierung

In der anschließenden Diskussion wurde, wie schon bei der ersten Beratung des Antrags im Ausschuß, gefordert, nicht die Problematik des Rechtsextremismus isoliert zu sehen, sondern die Gefahren des Linksextremismus ebenso zu berücksichtigen. Kritisch hinterfragt wurde, ob nicht die bisherige Behandlung der NS-Zeit im Schulunterricht bei vielen Jugendlichen eine Trotzreaktion herausgefordert habe. Emotionalität, insbesondere ausgedrückt in einem Heimat- und Nationalgefühl, werde bereits als ein Zeichen für Rechtsextremismus angesehen und entsprechend bewertet.

Reinhold Hemker (SPD) und Antonius Rösenberg (CDU) wiesen übereinstimmend darauf hin, daß Erinnerungen sehr häufig von emotionalen Erfahrungen geprägt seien. Zwar sei der emotionale Bereich insofern problematisch, als er insbesondere von extremistischen Gruppen ausgenutzt werde; da er aber zweifelsfrei vorhanden sei, dürfe
Fortsetzung Seite 16

Polizei mußte Observation des Schlupfwinkels aus Personalmangel verschieben

Um die Fahndung und die Vorgeschichte des Geiselnähmers Hans-Jürgen Rösner ging es bei den Zeugenvernehmungen, die der Parlamentarische Untersuchungsausschuß III unter dem Vorsitz von Heinz Lanfermann (F.D.P.) in der letzten Woche durchführte. Wie bekannt, war der Strafgefangene Rösner aus seinem zweiten Hafturlaub 1986 nicht zurückgekehrt, war fast zwei Jahre un auffindbar, was ihn allerdings nicht daran hinderte, unter der Anschrift seiner Eltern brieflich von der Haftanstalt Willich die Kostenübernahme für eine Krankenhausbehandlung zu fordern, und als dies verweigert wurde, gegen diese Entscheidung beim Justizvollzugsamt Rheinland zu protestieren.

Obwohl Rösner offenbar über die angegebene Adresse Kontakt hielt – er beschwerte sich ja über den Bescheid seiner Haftanstalt beim Vollzugsamt – gelang es nicht, seiner habhaft zu werden. Erst ein anonymes Telefonanruf, der nach Darstellung eines Kriminaloberkommissars am 8. August 1988, also wenige Tage vor der Gladbecker Geiselnahme auflief – eine Anruferin teilte mit, Rösner halte sich in der Wohnung von Frau Löblich auf –, lieferte einen konkreten Hinweis für polizeiliche Fahndungsmaßnahmen. Die Observation des Hauses wurde jedoch aus personellen Gründen verschoben und dann

durch die Ereignisse in Gladbeck hinfällig. Darüber, daß Rösner in seinem Schriftwechsel die Anschrift seiner Eltern angab, die zugleich die Adresse seiner letzten Meldung und seine Urlaubsanschrift war, wunderte sich Dr. Karl-Peter Rotthaus, Präsident des Justizvollzugsamtes Rheinland, nicht: Geradezu zwangsläufig, so Rotthaus, kehrten flüchtige Gefangene – „wie von magischen Fäden gezogen“ – in ihre Heimat zurück; ihre ganze Lebensfähigkeit funktioniere anscheinend nur in der kriminellen Subkultur ihres Heimatortes.

Was die Weitergabe solcher Hinweise auf den Aufenthalt entwichener Strafgefangener angehe, so habe sich inzwischen eine Änderung ergeben: Hatten die Anstaltsleiter früher ein Ermessen darüber gehabt, ob sie solche Lebenszeichen an die Vollstreckungsbehörden weitergeben (diese seien nicht selten und häufig schadenfroh, etwa wenn ein Entwischener eine launige Ansichtskarte vom Münchner Oktoberfest an „seine“ Vollzugsanstalt adressiere), so gebe es jetzt Anweisung, daß solche Mitteilungen an die Polizei gehen.

Ein in Zusammenhang mit dem Strafverfahren erstelltes Gutachten über Rösner stand im Mittelpunkt der Vernehmung von Gottfried Kretschmar, dem Leiter der Justizvollzugsanstalt Willich. Dieses Gutachten be-

fand sich nicht unter den Akten, die den Häftling auf seinem Weg über Senne, Werl nach Willich begleiteten. Die Staatsanwaltschaft hatte offenbar keine Notwendigkeit gesehen, es beizufügen.

In diesem Gutachten war Rösner unter anderem als „moralisch abgestumpfte Persönlichkeit“ geschildert worden, deren Handeln „dumpf triebhaft bestimmt“ sei. Der Anstaltsleiter faßte die Charakterisierungen zusammen, Rösners Persönlichkeit sei von „moral insanity“ geprägt gewesen. Er kenne auch heute das Gutachten nur auszugsweise, es wäre ohnehin für den Vollzug nicht relevant gewesen. Mit den vorhandenen Personal sei ein solcher Gefangener nicht so zu behandeln, wie es erforderlich wäre. Im übrigen sei es nicht gut, „aus Urzeiten“ alle Gutachten beizuziehen, da sonst jede Entscheidung über Lockerungen im Vollzug zu sehr belastet würde.

Auch bei Rösner habe es solche Vollzugskonferenzen gegeben, bei denen ein Konzept der schrittweisen Lockerung erörtert worden war: Arbeiten außerhalb der Anstalt, Ausführung und schließlich Urlaub. Von seinem zweiten Urlaub hatte sich Rösner dann nicht mehr zurückgemeldet, er tauchte wieder als einer der beiden Gladbecker Geiselnahmer im August 1988 auf. Alles weitere ist bekannt.

Strukturhilfe 1990 Tausend Anträge

Über- und außerplanmäßige Ausgaben im letzten Quartal 1988 (260 Millionen Mark) und im ersten Halbjahr 1989 (2,3 Millionen Mark) genehmigte der Haushalts- und Finanzausschuß in der Sitzung am 11. Januar, in der es außerdem um Beförderungstellen in Gesamtschulen, um Unterhaltsbeihilfen für nicht ausreichend angebotene Lehrverhältnisse, um die Umsetzung der Empfehlungen der Mikat-Kommission ging. Finanzminister Heinz Schleußer kündigte ferner die baldige Vorlage des Entwurfs eines Nachtragshaushalts, insbesondere wegen Mehrbedarfs für den Wohnungsbau, an.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Minister mit, daß die Liste der vom Bund aus Mitteln der Strukturhilfe geförderten nordrhein-westfälischen Maßnahmen am 3. Januar bekanntgegeben worden sei. Von den 1126 Maßnahmen des Landes seien vorläufig 320 vom Bundesfinanzminister abgelehnt worden, darunter auch solche, die vorsorglich über den vorgegebenen Finanzrahmen hinaus eingereicht worden seien. Bei fast allen Ablehnungen seien zusätzliche Erläuterungen erbeten worden, unter anderem genaue Ortsangaben bei den Kanalsanierungsmaßnahmen. Diese hätten, so Finanzminister Schleußer, bei Antragstellung im Herbst 1989 noch nicht gemacht werden können.

Auch bei den anderen Bundesländern seien viele Projekte vorläufig abgelehnt worden. NRW schneide im Vergleich nicht schlecht ab, berichtete die Sprecherin des Finanzministers dazu. Das gesamte, für 1990 von NRW beantragte Fördervolumen für die Strukturhilfe des Bundes zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft beträgt rund 909 Millionen Mark. 538 neue Projekte wurden beantragt, 296 Maßnahmen aus 1989 werden fortgesetzt.

Baunutzungsverordnung

Nicht störende Sportanlagen zulassen

Den CDU-Antrag „Novellierung der Baunutzungsverordnung im Interesse des Sports“ (Drs. 10/4282) erklärte das Plenum des Landtags am 17. Januar für erledigt, nachdem die dort angestrebte Einflußnahme auf die Änderung der Baunutzungsverordnung des Bundes erfolgt ist.

Nach dem Wunsch der Antragsteller sollten in Wohngebieten nur noch „nicht störende Sportanlagen“ und „ausnahmsweise“ nicht wesentlich störende Sportanlagen zugelassen werden. In Gewerbegebieten sollten diese uneingeschränkt genehmigt werden. Als Sprecher des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen erläuterte Volkmar Schultz (SPD), die vom Bund vorgenommene Änderung werde dazu führen, daß Konflikte zwischen Sport, Umwelt und Wohnen besser gelöst werden könnten, daß aber auch sportliche Einrichtungen in Gewerbegebieten ermöglicht würden.

Produktionsviereck deutscher Filmindustrie Filmstiftung NRW soll Kinofilm stärken

Ausführliche Information über die neue Filmstiftung NRW erhielt der Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie am 10. Januar durch einen Vertreter der Staatskanzlei. Für die Stiftung sind erstmals im Haushalt 1990 des Wirtschaftsministers sechs Millionen Mark veranschlagt, davon sind 5,5 Millionen für die wirtschaftliche Filmförderung und 500 000 Mark für Verwaltungsausgaben vorgesehen. Die kulturelle Filmförderung, in diesem Jahr vom Landtag einmütig um eine Million Mark auf insgesamt 3,75 Millionen Mark erhöht, bleibt als eigenständiges Programm daneben erhalten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtete Wirtschaftsminister Jochimsen über den aktuellen Sachstand bei den Wirtschaftsbeziehungen zur DDR und über die Abschaltung des Kernkraftwerks Würgassen (s. Bericht in der vorigen Ausgabe). Er sagte aufgrund zahlreicher Nachfragen aus den Reihen der Opposition die Übersendung des Beschlusses des Oberverwaltungsgerichts Münster zu, mit dem Rechtsmittel der Betreiberfirma gegen die Stilllegung abgelehnt wurden. Um die neuen deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu vertiefen, reise Ende Januar eine Gruppe von Wirtschaftsfachleuten mit ihm nach Mecklenburg. Aus NRW erwarte die DDR vor allem Beispiele für eine ökologisch und sozialverträgliche Marktwirtschaft.

Die neue Filmstiftung NRW wurde von Regierungsfachleuten unter anderem mit der Zunahme privater Fernsehveranstalter begründet: Anstelle von „Abspielstätten für international standardisierte Programmware“ solle NRW ein Standort für „die Industrie der Träume/Visionen/Sehnsüchte/Utopien“ werden. Filme spiegelten die kulturelle Identität des Landes wider. Neuproduktionen seien dringend erforderlich, wobei der Trend zur internationalen, multimedialen Vermark-

tung zugunsten kleiner und wertvoller Produktionen durchbrochen werden müsse. In der Medienpolitik werde nicht mehr Schlechtes verboten, sondern Gutes gefördert. Gegenüber 5,5 Millionen Mark für die wirtschaftliche Filmförderung in NRW werde in Berlin oder Bayern das Vier- bis Sechsfache pro Jahr ausgegeben.

Die Filmstiftung solle eine konzertierte Aktion von Land, WDR, ZDF und privaten Medienunternehmen zugunsten eines „Filmlandes NRW“ werden. Für die GmbH sei der Sitz Düsseldorf. Gesellschafter seien mit je 50 Prozent das Land und der WDR, weitere Beteiligungen seien beabsichtigt. Ein Ausschuß solle über Projekte beschließen. Mit zwei Dritteln des Fördervolumens sollten Kinofilme unterstützt werden. Erfolgreiche und wertvolle Produktionen sollten das Angebot der Filmtheater bereichern. Fernsehfilme sollten gefördert werden, wenn sie zur Beschäftigung beitragen, für den internationalen Vertrieb geeignet seien und in HDTV-Technik hergestellt würden. In die Filmstiftung geht ein Anteil von 30 Prozent des 27-Millionen-Mark-Etats der Landesanstalt für Rundfunk ein. Ein Beirat soll Geschäftsführung und Ausschuß beraten.



Gefangen im Stau. Straßenbahnen und Busse der Rheinbahn in Düsseldorf sollen durch mehr eigene Fahrwege auch in Spitzenverkehrszeiten fahrplanmäßig verkehren. Über den Fortgang der Bemühungen der Rheinischen Bahngesellschaft, den öffentlichen Personennahverkehr in Düsseldorf und in die Nachbarstädte schneller, pünktlicher und kostensparend zu gestalten, informierte sich der Verkehrsausschuß bei der von Vorsitzendem Erich Kröhan (SPD) geleiteten Sitzung am 11. Januar in den Räumen der Hauptwerkstatt in Heerdt, bei einer U-Bahn-Fahrt und in der Leitstelle Heinrich-Heine-Allee. Täglich 450 000 Kunden sollen, so erläuterten Vorstandsmitglieder dem Ausschuß, nach Abschluß des „Beschleunigungsprogramms“ mit Straßenbau- und Verkehrslenkungsmaßnahmen zum „Vorrang für die Schiene“ in Zukunft ohne Behinderung durch den Autoverkehr befördert werden. Bei einem Bilanzvolumen von rund 463 Millionen Mark (1988) wurde 128 Millionen Mark für Investitionen, davon 40 Millionen Mark aus Zuschüssen, ausgegeben. Aus dem Fahrkartenverkauf wurden 193 Millionen Mark eingenommen. Auf 114 Kilometern Stadtbahn, 158 Kilometern Straßenbahn und 1 163 Buskilometern wurden 161 Millionen Fahrgäste befördert. Foto: Horn

SPD-Fraktion

Forum der SPD-Fraktion zur Abfallwirtschaft in NRW

Auf einem Forum zum Thema „Abfallwirtschaft“ will die SPD-Fraktion am 7. Februar mit Experten über Müllvermeidung und Abfallentsorgung diskutieren. Im Vorfeld dieser Veranstaltung wies der Fraktionsvorsitzende, Professor Dr. Friedhelm Farthmann, jetzt darauf hin, daß noch so große Erfolge bei Vermeidung und Wiederverwertung von Abfall nicht verhindern könnten, daß ein Rest übrigbleibe, der umweltverträglich entsorgt werden müsse. Dabei setze das Land auf verfügbare und erprobte Techniken — auch auf die chemisch-physikalische Behandlung und die Abfallverbrennung. Der Abfallexport komme als Alternative nicht in Frage. Farthmann: „Der Müllexport in die DDR ist ein Irrweg; das hat sich mittlerweile herausgestellt. Ebenso wenig dürfen wir den Menschen in der Dritten Welt unseren Wohlstandsmüll zumuten.“ Einen ökologischen Kolonialismus, der die Länder der Dritten Welt zwingt, ihre Rohstoffe gegen unseren Müll einzutauschen, dürfe es nicht geben.

Hochtechnologie in der Produktion sei heute selbstverständlich, unterstrich Farthmann. Hochtechnologie in der Entsorgung stoße dagegen in der Bevölkerung oft auf Ablehnung. Der Grund dafür sei die Befürchtung, Emissionen der Entsorgungsanlagen seien in besonderem Maße gesundheitsgefährdend. Dabei werde jedoch übersehen, daß die gesetzlichen Bestimmungen für Entsorgungsanlagen mindestens ebenso strenge Emissionsgrenzwerte vorschreiben wie die Produktionsanlagen.

Die chemisch-physikalische Behandlung und die Abfallverbrennung seien, so Farthmann weiter, im Gegensatz zum Müllexport auch ein Beitrag, Müll zu vermeiden. Denn chemisch-physikalische Behandlung und Verbrennung seien die teuersten Entsorgungsarten. Sie seien um ein Vielfaches teurer als die Deponierung oder der Abfallexport. Je teurer aber die Entsorgung sei, um so größer würden die Anstrengungen, Abfallstoffe zu vermeiden und wiederzuwerten.

In Nordrhein-Westfalen, dem industriellen Herzen der Bundesrepublik, fielen jährlich neben sechs Millionen Tonnen Hausmüll 66 Millionen Tonnen Rückstände aus Industrie und Gewerbe an, darunter 39 Millionen Tonnen produktionsspezifische Abfälle. „Auf Nordrhein-Westfalen entfallen damit 45 Prozent der Sonderabfälle des gesamten Bundesgebietes“, unterstrich Farthmann. 40 Prozent davon würden heute schon recycelt. Damit liege unser Land mit seiner Recyclingmenge an der Spitze aller Länder in der Bundesrepublik. Farthmann bekräftigte, das Land werde alle Anstrengungen unternehmen, damit künftig noch mehr Abfall wiederverwertet werden könne.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

CDU-Fraktion

Behinderten Jugendlichen fehlen Berufsschullehrer

Große Sorgen um die Zukunft ihrer Einrichtung plagen die Verantwortlichen des Kolping-Berufsbildungszentrums für lernbehinderte Jugendliche in Essen. Bei einem Besuch des schulpolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen, Herbert Reul, machte Karl-Heinz Gies, Gesamtleiter der Einrichtung im Ruhrgebiet, auf die katastrophalen Verhältnisse in der im Bildungszentrum integrierten Sonderberufsschule aufmerksam, die vom Kolpingwerk in freier Trägerschaft betrieben wird. „Aufgrund einer antiquierten und unhaltbaren Schüler-Lehrer-Relation, die uns vom Kultusministerium vorgegeben wird, können wir unsere Schüler jeweils nur acht Wochenstunden unterrichten, wo zwölf Unterrichtsstunden verbindlich vorgeschrieben sind“, erklärte Gies. Nur wenn 4,3 neue Lehrstellen in Essen eingerichtet werden könnten, sei ein ordnungsgemäßer Lehrbetrieb gewährleistet.

Bereits 1985 habe das Kultusministerium bei einem Besuch die Probleme zugegeben, bis heute sei so gut wie nichts geschehen. Die von Gies angesprochenen Sorgen teilten die ebenfalls anwesenden Vertreter der anderen vier nordrhein-westfälischen Berufsbildungszentren, die neben dem Kolpingwerk noch vom Christlichen Jugenddorfwerk getragen werden. Diese Probleme seien kein Einzelfall, sondern flächendeckend zu beobachten.

„Insgesamt 25 Lehrer in ganz Nordrhein-Westfalen, das sind Kosten für das Land von rund zwei Millionen Mark, müßten aufgebracht werden, um den Ärmsten der Armen wirksam zu helfen. Es ist mir unverständlich, daß dieser für das Land lächerliche Betrag nicht bereit steht, um Solidarität mit den wirklich Benachteiligten zu üben“, meinte Gies. Er habe in voller Übereinstimmung mit dem Beirat, in dem auch Vertreter der Arbeitsverwaltung und der Kammern vertreten seien, dem Kultusminister mitgeteilt, daß das Kolpingwerk die Trägerschaft für Schule zurückgeben werde, wenn keine wirksame Hilfe durch das Land NRW erfolgen könne. CDU-Schulexperte Reul sagte angesichts dieser dramatischen Zuspitzung die volle Unterstützung der CDU-Landtagsfraktion zu. Er werde sowohl im Schulausschuß wie auch im Landtagsplenum dieses Problem zur Sprache bringen. „Hier zeigen sich leider die Auswirkungen einer Schulpolitik, die nur danach schießt, mit großen, vereinheitlichten Systemen möglichst viele Schüler zum Abitur zu bringen und dann keinerlei Sensibilität für die Probleme von einzelnen Gruppen mehr hat“, kritisierte Reul.

Insgesamt 260 Jugendliche werden in Essen praktisch und theoretisch ausgebildet. Auf neun von ursprünglich 15 mußte das Angebot der Ausbildungsberufe angesichts der fehlenden Lehrkräfte bereits reduziert werden. Dies sei unverantwortlich, so Reul, denn schließlich sei gerade das integrierte Konzept der Berufsbildungszentren mit der Verbindung von praktischer Berufsausbildung, Sonderberufsschule und sozialer Betreuung im Internat ein erfolgreicher Weg, um eine qualifizierte und individuelle Betreuung und Ausbildung lernbehinderter Jugendlicher zu fördern.

F.D.P.-Fraktion

Justizminister schadet dem Ansehen der Juristen

Als unverantwortliche Verleumdung eines Berufsstandes wies die F.D.P.-Landtagsfraktion die Behauptung von Justizminister Dr. Krumsiek zurück, mindestens 70 Prozent aller Juristen würden ihre Examenshausarbeiten unerlaubt mit fremder Hilfe schreiben. Nach Ansicht der F.D.P. ist es ungeheuerlich, wenn gerade der Justizminister, der rechtsstaatlichen Prinzipien in besonderer Weise verpflichtet und oberster Dienstherr vieler Tausend Juristen im Landesdienst ist, aufgrund dubioser Schätzungen das Ansehen von Richtern, Staatsanwälten, Rechtsanwälten, Beamten und anderen Juristen öffentlich derart herabsetzt.

Verstimmt zeigten sich die Liberalen darüber, daß Krumsiek seine haltlosen Rundumschläge über Mogeleyen bei juristischen Hausarbeiten offenbar als Vorwand braucht, um mit aktionistischen Vorschlägen in einer neuen Debatte über die Juristenausbildung präsent zu sein. Auch müsse der für die Prüfungsverfahren politisch verantwortliche Justizminister sich fragen lassen, warum er nicht gegen die Mißstände vorgeht.

Eine Abschaffung der Hausarbeiten zu fordern heißt, die wissenschaftliche Qualität des 1. Juristischen Staatsexamens zu gefährden. Natürlich ist bei umfangreichen wissenschaftlichen Arbeiten fremde Hilfe nie ganz auszuschließen. Dies gilt aber auch für andere Studiengänge, die u. a. mit umfangreichen Diplomarbeiten abgeschlossen werden. Dennoch ist noch niemand auf die Idee gekommen, Diplomarbeiten abzuschaffen, weil sie ähnlich wie Hausarbeiten die zentrale Eigenleistung mit wissenschaftlichem Anspruch im Examen sind. Vor Unehrllichkeit ist niemand gefeit.

Wer die schriftliche Abschlußprüfung ganz auf Klausuren konzentrieren will, fördert schematische, im Zweifel von Repetitoren zu leistende, und wissenschaftliche oberflächliche Examensvorbereitungen.

Statt mit schädlichen Schnellschüssen zu operieren, sollte sich der Justizminister lieber sorgfältig mit fundierten Vorschlägen zur Juristenausbildung beschäftigen.

So sollte er abwarten, welche Ergebnisse die vor kurzem im Rechtsausschuß des Landtags verabredete Sachverständigenanhörung zur Juristenausbildung erbringen wird.

Es stellt auch schlechten politischen Stil und eine Mißachtung des Parlaments dar, wenn vor den Beratungen im Rechtsausschuß ein Minister in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, mögliche zukünftige Änderungen in der Juristenausbildung stünden bereits sicher fest. Im September wird der Deutsche Juristentag sich mit dem Thema ausgiebig beschäftigen. Die Reform der Juristenausbildung ist ein zu wichtiges Thema, als daß es durch billige Effekthascherei belastet werden darf.

Flughafen Köln

Die Landesregierung habe den geplanten Ausbau des Kölner Flughafens begrüßt und werde diesen Ausbau weiter unterstützen. Sie werde sich mit Nachdruck dafür einsetzen, daß bei der Realisierung der Ausbaupläne die Belange der Flughafenwohner und des Umweltschutzes gebührend berücksichtigt würden. Dabei seien die Erfordernisse des jeweils anzuwendenden Verfahrensrechts, wie zum Beispiel des Luftverkehrsrechts, des Baurechts des Naturschutz-, Landschaftsschutz-, Forst- und Wasserrechts zu beachten. Hierüber bestehe mit dem Regierungspräsidenten in Köln Übereinstimmung. Das teilt Wirtschaftsminister Professor Dr. Reimut Jochimsen (SPD) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Dr. Ottmar Pohl mit (Drs. 10/4830 und 10/4699).

Kulturstiftung...

Fortsetzung von Seite 11

Nach Ansicht des Ausschußvorsitzenden bleibe ein ungeklärtes Feld der Abgrenzung zu den Mitteln, die der Kultusminister bei Spitzenleistungen (zum Beispiel Ausstellungen, Inszenierungen, Kooperationen) verwalte. Die personelle Verzahnung zwischen der Exekutive der Stiftung und dem Kultusministerium schein ihm ein notwendiges pragmatisches Mittel zu sein, um eine vernünftige Koordinierung zu erreichen. Seines Erachtens könne es nicht damit seine Bewandnis haben, daß einzelne Mitglieder des gegenwärtigen Kulturausschusses für die nächsten Jahre Mitglied im Kuratorium der Stiftung seien. Es sei auch zu fragen, wie weit das Anhörungsrecht des Parlaments, für das der Kulturausschuß sachbezogener Gesprächspartner sei, sichergestellt werden könne. Eine Verzahnung zwischen der Zuständigkeit des Ausschusses und den ausführenden Organen der Kulturstiftung, insbesondere bei den großen Projekten, sei dringend notwendig.

Im Anschluß an diese Diskussion trug der Ministerpräsident seine Vorstellungen zu einer Filmstiftung NRW vor, die gleichfalls Gegenstand ausführlicher Beratung im Ausschuß waren. Die Gründung einer Filmstiftung wurde für den Sommer dieses Jahres in Aussicht gestellt.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 8 84 23 03, 8 84 23 04 und 8 84 25 45, btx: # 5 68 01*

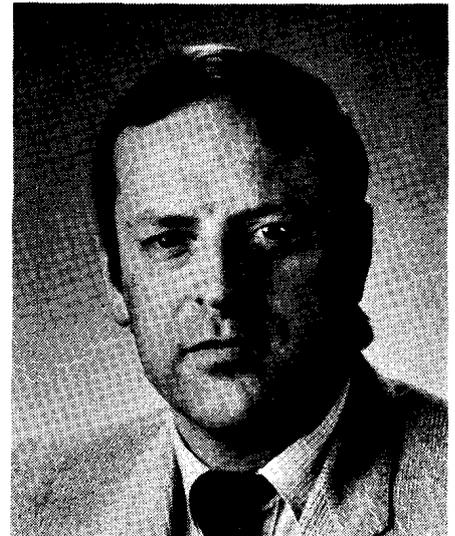
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche



Dr. Bernd Brunemeier (SPD)

Er liest gern die Klassiker der deutschen Literatur, und wenn er als Beispiele zwei Namen nennt, sind es Gotthold Ephraim Lessing und Heinrich Heine. Das ist kein Zufall, beide haben eins gemeinsam: sie kämpften in ihren Werken für den Gebrauch der kritischen Vernunft und eine unvoreingenommene Toleranz zwischen den Menschen. Der Bielefelder SPD-Landtagsabgeordnete Bernd Brunemeier hat Germanistik studiert, und seine Promotion zum Dr. phil. erlangte er über die klassische deutsche Literatur. Bis zu seiner Wahl in den Düsseldorfer Landtag 1980 als Studienrat an einem Gütersloher Gymnasium tätig, bedauert er es heute, nur noch ein „bißchen Zeit“ zu haben für sein Hobby, eben die Literatur.

Der gebürtige Ostwestfale vom Jahrgang 1943 hatte nach dem Volksschulbesuch allerdings zunächst einen Handwerksberuf erlernt und war Werkzeugmacher geworden. Über den sogenannten zweiten Bildungsweg schaffte er dann die Mittlere Reife und innerhalb von nur zweieinhalb Jahren auch das Abitur. Obwohl Bernhard Brunemeier aus einem alten sozialdemokratischen Elternhaus stammt, war es nicht die „Tradition“, die ihn 1970 in die SPD führte. Es war vielmehr die „demokratische Erneuerung, der allgemeine Aufbruch“ unter Willy Brandt, erinnert er sich heute. Zudem interessierte ihn die örtliche Politik. So gehört das Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) seit 1973 der Bezirksvertretung Brackwede an, seit zehn Jahren ist er Vorsitzender der SPD-Fraktion.

Als der Direktkandidat des Wahlkreises 107, Bielefeld III, 1980 in den Landtag rückte, berief ihn seine Fraktion in den Ausschuß für Schule und Weiterbildung. Dort gilt er seitdem als engagierter Befürworter einer vielfältigen, offenen Schullandschaft ebenso wie eines uneingeschränkten Elternrechts. Für ihn ist die große Leistungsfähigkeit des differenzierten Schulwesens in Nordrhein-Westfalen die Voraussetzung für die Erneuerung des Landes. Ohne eine „Bil-

dungsoffensive“ sei es nicht denkbar, die ökonomischen wie ökologischen Herausforderungen zu lösen. Die verschiedenen Schulformen seien Angebote an die Eltern, die selbst darüber entscheiden sollten, welcher schulische Weg für ihre Kinder der richtige sei.

Vehement plädiert Bernhard Brunemeier in diesem Zusammenhang dafür, daß sich die Schulpolitik des Landes angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen und gestiegenen beruflichen Anforderungen an die Jugendlichen stärker mit den Bildungsinhalten aller Schulen befassen müsse. Wir brauchen eine „Lernziel-Diskussion“. Wenn die Jugendlichen die komplizierte Struktur in einer demokratischen Gesellschaft nicht mehr verstünden, drohe die Gefahr ihrer Verweigerung und Zuwendung vom Radikalismus. Auch müsse der Staat eine glaubwürdige Antwort darauf geben, wie er die bedrohten natürlichen Lebensgrundlagen erhalten wolle und könne. „Sonst verfluchen uns eines Tages die Kinder.“

Das Interesse des Ostwestfalen gilt denn auch der Umweltschutzpolitik. Nach seiner Ansicht müsse sich „mehr herumsprechen“, daß die vom Land Nordrhein-Westfalen betriebene ökologische Erneuerung auch die „Wirtschaftsförderung von morgen“ sei. Beide Bereiche, Umweltschutz und Wirtschaft, könne man heute nicht mehr voneinander trennen.

Der SPD-Abgeordnete sieht sich den Bürgern seines Bielefelder Wahlkreises besonders verpflichtet. Dabei wird von Wählern wie Parlamentskollegen dessen Bemühen um Fairneß und Objektivität besonders geschätzt. Jochen Juretko

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 13. 2. bis 21. 2. 1990

- 13. 2. **Günter Harms** (SPD), 43 J.
- 15. 2. **Klaus Matthiesen** (SPD), 49 J.
- 17. 2. **Adolf Retz** (SPD), 48 J.
- 19. 2. **Lothar Hentschel** (SPD), 60 J.
- 19. 2. **Hubert Doppmeier** (CDU), 46 J.
- 20. 2. **Erich Heckelmann** (SPD), 55 J.
- 21. 2. **Hans Schwier** (SPD), 64 J.

★

Heinz-Werner Meyer, SPD-Landtagsabgeordneter aus Dortmund von 1975 bis 1985 und Vorsitzender der IG Bergbau und Energie, ist offizieller Kandidat für die Nachfolge von **Ernst Breit** als Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die 16 Vorsitzenden der DGB-Gewerkschaften sprachen sich in Düsseldorf einstimmig dafür aus, den Delegierten beim DGB-Bundeskongreß Ende Mai in Hamburg Heinz-Werner Meyer für den aus Altersgründen ausscheidenden Breit vorzuschlagen. Meyer, der aus Hamburg stammt, war Bergmann, besuchte dann das Abendgymnasium, studierte an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg und schloß mit dem Volkswirt ab. Im Landtag war Meyer wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion.

★

Rudolf Erberich, SPD-Landtagsabgeordneter von 1966 bis 1980, ist vom Präsidium des nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebundes in Düsseldorf einstimmig zum neuen Präsidenten gewählt worden. Erberich, Vorstandsvorsitzender der Niederrheinischen Verkehrsbetriebe AG (NIAG) in Moers, löste **Wilhelm Ferlings** aus Paderborn ab, der einstimmig zum Vizepräsident gewählt wurde.

★

Armin Zweite, Leiter der Städtischen Galerie im Münchner Lenbachhaus, soll neuer Direktor der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf werden. Zweite tritt damit die Nachfolge von Professor **Werner Schmalenbach** auf einem der angesehensten Museumsleiterposten der Bundesrepublik an. Der Kunsthistoriker aus München, der 1970 promovierte, hat sich mit wichtigen Wechselausstellungen zur Kunst seit dem 19. Jahrhundert, darunter Präsentationen von Lovis Corinth, Paul Klee, Wassily Kandinsky, Andy Warhol und Robert Rauschenberg, einen Namen gemacht.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Seit Juli 1988 gräbt die Außendienststelle Archäologischer Park/Regionalmuseum Xanten des Landschaftsverbandes Rheinland mit finanzieller Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen die große Thermenanlage der bei Xanten gelegenen Römerstadt Colonia Ulpia Traiana aus. Das auf zwei Jahre befristete Projekt, das im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme mit 19 zusätzlich eingestellten Arbeitskräften durchgeführt wird, hat zum Ziel, die insgesamt mehr als 11000 Quadratmeter umfassende Badeanlage freizulegen und sie später interessierten Besuchern zugänglich zu machen. Dabei blicken die Thermen der Römerstadt bereits auf eine wechselvolle Geschichte in der Neuzeit zurück. Schon 1879 entdeckt und teilweise ausgegraben, wurde ihre kulturgeschichtliche Bedeutung erst in den 20er Jahren unseres Jahrhunderts erkannt. Die Planungen der Nachkriegszeit, das Areal der Badeanlage mit einem Industrieunternehmen zu überbauen, riefen das Rheinische Landesmuseum Bonn auf den Plan, von dem aus in den 50er und 60er Jahren Notgrabungen unter der Leitung des Archäologen Hermann Hinz durchgeführt wurden. Aus diesen Untersuchungen sind der Grundriß der Anlage und die technischen Einrichtungen weitgehend bekannt. Anschließend wurde auf den Thermen eine Fabrik zur Herstellung von Stahlbeton-Fertigteilen errichtet. Im Jahre 1984 wurde die Fabrik schließlich mit finanziellen Mitteln des Landes NW abgerissen und an einem neuen Standort wieder aufgebaut, so daß erst mit der jüngsten Ausgrabung und der anschließenden Konservierung von Mauern, Böden und Wandputz Dimension und Bedeutung dieser großen Badeanlage auf Dauer wieder sichtbar gemacht werden können. Das Bild zeigt den Boden des kleineren Warmbaderaumes, Blick von Südwesten. Im Vordergrund eine der beiden Ofenanlagen, mit denen dieser Warmbaderaum beheizt wurde.

Foto: Zielsing/APX

Politikunterricht...

Fortsetzung von Seite 12

man ihn auch nicht ausgrenzen. Rösenberg sprach sich gemeinsam mit Helmut Elfring (CDU) dafür aus, zwischen eindeutig rechts-extremistischen Aktivitäten und bloßer „Kraftmeierei“ zu unterscheiden. Durch eine mangelnde Differenzierung könne unter Umständen genau das Gegenteil erzielt werden.

Der Kultusminister wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß sich bei uns im Gegensatz zu totalitären Staaten die Schule in erster Linie an den Sachverstand richte, daß aber der emotionale Bereich auch in der schulischen Bildung nicht verlorengehen dürfe. Durch die Öffnung von Schule werde beispielsweise versucht, in einem bestimm-

ten Rahmen neue Erlebnisfelder für die Jugendlichen zu schaffen.

Erich Heckelmann (SPD) sah das Problem weniger in einem Verlust der Emotionalität, sondern vielmehr in fehlenden Möglichkeiten, die Erfahrungen der Vergangenheit in der Jugendarbeit so umzusetzen, daß sie auch für Jugendliche verständlich seien. Die vorliegende Literatur sei, da häufig zu wissenschaftlich, nicht für Jugendliche geeignet. Die Entwicklung von in der Jugendarbeit verwendbaren Hilfen halte er für unbedingt notwendig.

Auch der Ausschußvorsitzende Helmut Hellwig (SPD) sprach sich dafür aus, die Auseinandersetzung mit den geschichtlichen Ereignissen anders zu gestalten. Er bedauerte, daß der Politikunterricht in Schulen als langweiliges Fach empfunden würde, was

schließlich dazu führe, daß Jugendliche ein oberflächliches und distanzierendes Verhältnis zur Demokratie hätten. Die wenigen Lehrerinnen und Lehrer, die sich für die politische Bildung engagierten, dürften daher nicht durch bürokratische Vorschriften in ihrer Bereitschaft gehemmt werden.

Beatrix Philipp (CDU) regte in diesem Zusammenhang an, verstärkt zeitgeschichtliche Zeugen in die schulische und außerschulische Jugendbildung einzubeziehen, da sie glaubwürdiger sein könnten als ein schriftliches Dokument.

Im Hinblick auf rechtsextremistische Tendenzen bei Erwachsenen müßten, so Andreas Reichel (F.D.P.) und Antonius Rösenberg (CDU) die Angebote der Erwachsenenbildung entsprechend verstärkt werden.